

David Goeßmann

**DIE ERFINDUNG
DER
BEDROHTEN REPUBLIK**

**Wie Flüchtlinge und Demokratie
entsorgt werden**

Das Neue Berlin

Sämtliche Inhalte dieser Leseprobe sind urheberrechtlich geschützt. Sie dürfen ohne vorherige schriftliche Genehmigung weder ganz noch auszugsweise kopiert, verändert, vervielfältigt oder veröffentlicht werden.

Verlag Das Neue Berlin –
eine Marke der Eulenspiegel Verlagsgruppe Buchverlage

ISBN Buch 978-3-360-01344-6
ISBN E-Book 978-3-360-50158-5

1. Auflage 2019
© Eulenspiegel Verlagsgruppe Buchverlage GmbH, Berlin
Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin
unter Verwendung einer Illustration von Christina Kuschwitz

www.eulenspiegel.com

Inhalt

Vorwort **DENKT MIT DEM HERZEN** von Konstantin Wecker

11

Prolog **WIR GEGEN DIE IN DER BLOCKIERTEN DEMOKRATIE**

15

- Die Erfindung der bedrohten Republik 17
- Die blockierte Demokratie: Wir gegen Die 23
- Migrationskritik in der bedrohten Republik 30
- Intellektuelle Selbstverteidigung 37

1 **DER KURZE SOMMER DER »WILLKOMMENSKULTUR«**

45

- Willkommens-PR: »Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten« 45
- Der Weg zur »Wende«: Fake-Medienkritik 52
- »Druck im Kessel«: Wann schließen Sie die Grenzen? 70
- Die große Erleichterung:
Die Gatekeeper verriegeln die Tore 76
- Die Parteilinie: Keine »besseren Vorschläge« 81

2
**KÖLNER SILVESTERNACHT:
EIN HISTORISCHES »SODOM UND GOMORRHA«**

93

Wichtiger als Merkel, USA, Klima und Co. 95

»Wertvolle« vs. »wertlose« Täter 99

»Wahrheit nur unterm Ladentisch«? 105

Ohne Nachrichtenwert:
Dunkelfeld und Anzeigenbereitschaft 114

Journalistisches »Racial Profiling« im Dienste
der »Flüchtlingskrise« 128

Begründeter Sachbezug und »weiße Presse« 132

Täter »in einen Sack« stecken 144

Eine Nacht der Schande,
die wir nie vergessen werden 148

Cross-Check I:
Missbrauchsfälle in der Kirche 153

Cross-Check II:
»Mediale Geilheit«, Harvey Weinstein und #MeToo 171

3
**DER KRIMINELLE FLÜCHTLING:
»GEWALT-IMPORT« UND TERRORHYSTERIE**

179

»Sagen Sie mir nicht,
dass wir da kein Problem haben« 179

»Importierte Gewalt«? 184

Terrorhysterie 202

Die »Geißel des Terrorismus« 211

4
**EROSION DES FLÜCHTLINGSSCHUTZES:
DIE ENTSCHEIDENDE »ARMLÄNGE«**

215

- Lizenz zum Wegsehen:
Die Umpolung der Schutzverantwortung 215
- Verkehrtes Recht: Irreguläre, Geschleuste und
andere Schutzzunwürdige 221
- Drei Schiffbrüche:
Die Gatekeeper entsorgen den »Kollateralschaden« 234

5
**ABSCHOTTEN FÜR FORTGESCHRITTENE:
DER NEUE HUMANISMUS**

243

- Humanitäres Marketing:
Die »Mutter der Flüchtlinge« in Geberlaune 243
- »Höllensexperimente«:
Wie Flüchtlinge in Lager gepackt werden 247
- Das »Recht dazubleiben« und das System
globaler Apartheid 258
- »Die Logik, die uns ausmacht« 267

6
DAS TINA-PRINZIP DER ABSCHOTTUNGSPOLITIK

281

- Endstation »Alternativlosigkeit«: Das TINA-Prinzip 281
- Der »Exodus«: Der Angstapparat wird prophetisch 285
- Die 400-Milliarden-Euro-Frage 297
- Auf der Kippe: Die verknappte Akzeptanz 311

7
UNTER VERSCHLUSS:
DIE POLITISCHEN ALTERNATIVEN ZUR ABSCHOTTUNG

335

»Vorzeige-Europäer und Ideengeber«:

Der Weg zur alternativlosen Abwehr 338

Die richtige Flüchtlingspolitik wird entsorgt 347

Die zum Schweigen gebrachte Reform 357

Die moralische Supermacht 367

Die »isolierte Macht im Zentrum«
auf der Suche nach der verlorenen Solidarität 373

Die moralische Krise 384

Epilog
DIE RECHTE GEWINNT,
WENN DER GESELLSCHAFT DIE LUFT AUSGEHT

387

Anmerkungen

397

In online verfügbaren Annexen liefert David Goeßmann weitere Daten und Statistiken zur Berichterstattung der *ARD-Tagesschau*, zur Zahl der Zuwanderer zwischen 2014 und 2016 sowie zur Kriminalität im Rahmen der »Flüchtlingskrise«. Sie sind hier einsehbar:

<https://www.eulenspiegel.com/verlage/das-neue-berlin/titel/die-erfindung-der-bedrohten-republik.html>

*»Public opinion also needs to be correctly formed,
not least to prevent unwarranted fears
and speculations detrimental to migrants.«*

Papst Franziskus

*»They who have put out the people's eyes
reproach them of their blindness.«*

John Milton

Vorwort
von Konstantin Wecker

DENKT MIT DEM HERZEN

Und wenn sie euch sagen
das Boot ist voll
wir können keine Flüchtlinge mehr
ins Land lassen
dann antwortet ihnen:
denkt mit dem Herzen.
Über zwölf Millionen deutsche
Flüchtlinge und Vertriebene
sowie fast zwölf Millionen ehemalige
Zwangsarbeiter
und ausländische KZ-Insassen
mussten nach dem Ende des Krieges
eine neue Heimat finden
Die Integration der Vertriebenen in das
massiv zerstörte
und verkleinerte Nachkriegsdeutschland
schien zunächst kaum lösbar.
Und wenn sie euch sagen
viele von denen haben doch sogar
eigenes Geld
dann:
denkt mit dem Herzen.
Denn wenn ihr fliehen müsstet und alles
verlassen
was euch lieb ist und teuer
dann würdet ihr doch auch versuchen

alles was ihr besitzt und je besessen habt
zu verkaufen
um Geld mitzunehmen
auf diese ungewisse
schier ausweglose Reise.
Und wenn sie euch sagen
da kommen ja fast nur junge Männer an
und kaum Frauen mit Kindern
dann:
denkt mit dem Herzen.
Würdet ihr nicht auch versuchen
im äußersten Elend
die kräftigsten eurer Familie auf die
Reise zu schicken
damit sie euch vielleicht sogar eines
Tages nachholen können?
Und wenn sie euch sagen
die prügeln sich doch in ihren
Unterkünften:
denkt mit dem Herzen.
Wie lange würdet ihr es wohl aushalten
eingepfercht zu sein
oft ohne Strom und Wasser
und bei schlechter Ernährung
ohne nicht einmal aggressiv zu werden
ohne durchzudrehen?
Und wenn sie euch sagen
was haben wir mit denen zu tun
die glauben doch an einen anderen Gott
die sind von einer fremden Kultur
dann:
benützt euren Verstand:
Kulturelle Reinheit ist eine Illusion.
Und die führte bei uns zu der
schrecklichsten Diktatur
der Menschheitsgeschichte.

Menschen sind wichtiger als Kulturen
sagt das all jenen
die sich so gerne mit Fakten schützen
deren Herkunft viel unsicherer ist
als das eigene Mitgefühl
sagt es ihnen
nicht hasserfüllt
doch bestimmt.
Erinnert sie an ihre eigenen Kinder
versucht ihnen zu vermitteln
wie es sich anfühlen würde
wäre man selbst an der Stelle dieser
Ärmsten.
Wer anderen die Herberge verwehrt
verdient es
sein Heim zu verlieren.
Denken wir mit dem Herzen.
Besiegen wir den Hass
durch Zärtlichkeit.

Das Wunder von 2015 war und bleibt für mich die Willkommenskultur: Millionen Menschen öffneten ihr Herz und halfen den Notleidenden, den Geflüchteten. Zwar habe ich trotz­zig manchmal beschworen, ich würde auch weiterkämpfen, wenn ich mit meiner Meinung ganz allein stünde. Aber es ist doch weitaus schöner, sich getragen zu fühlen von vielen ähnlich Gesinnten. Und die finden sich nicht nur im linken Spektrum. Unter den Helferinnen und Helfern sind Bürgerliche wie Arbeiter, Christen wie Atheisten, Prekäre wie Situier­te, Hausmänner wie Straßenkehrerinnen ... Ich bin nicht allein, das ist mein Trost.

So wichtig eine realistische Lebenseinstellung sein mag, sie darf nicht zum Käfig werden, in den wir unsere unmittelbaren Impulse, Menschen zu verstehen, zu schützen und zu helfen, einsperren lassen. Liebevolles Sprechen und Handeln

muss sich ungestört von der Vorzensur vernünftiger Machbarkeitserwägungen entfalten können.

Nehmen wir an, jemand bricht direkt vor Ihnen auf der Straße zusammen – fragen Sie dann erst, ob dieser Mensch Ausländer ist oder Deutscher, Linker oder Rechter, Armer oder Reicher? Sie helfen. Oder Sie sind ein durch Ideologien verblendeter, in abstrakten Denkgebäuden gefangener Mensch. Vielleicht ist dies ja die einfachste Definition von Rassismus: kein Gefühl zu empfinden für Menschen, die einem irgendein völlig vom Menschsein losgelöstes Gedankenkonstrukt als minderwertig vorgaukelt.

Täglich vernehmen wir die Stimmen der »Vernünftigen«: die Obergrenze sei erreicht, die Zuwanderung müsse gestoppt werden, die Willkommenskultur sei höchst umstritten und Mitgefühl sei Schwäche. Millionen Menschen wird ein lebenswertes Leben vorenthalten von einer kleinen Minderheit von Superreichen – und die Stimme der »Vernünftigen« erklärt das zum Naturgesetz. Wenn das Vernunft sein soll, wird es zunehmend wichtig, die Stimme der »Unvernunft« zu Wort kommen zu lassen, die Stimme des Herzens, damit diese nicht für immer verloren geht.

Doch wer ist hier eigentlich »unvernünftig« und wer »realistisch«? David Goetzmann zeigt in seinem Buch »Die Erfindung der bedrohten Republik«, dass die Stimmen der »Vernünftigen« alles andere als vernünftig gewesen sind. Politik und Medien desinformierten die Bürger, verängstigten sie, während sie die Verantwortung für die globale Flüchtlingskrise, die Folgen der »Flüchtlingsbekämpfung« und die von Bürgern unterstützte solidarische Lösung unter den Teppich kehrten. Das Buch blickt dabei hinter die Kulissen, hilft »die Krise« besser zu verstehen und mit dem Herzen zu denken. Aber vor allem zeigt es uns, dass gehandelt werden muss. Denn das Elend der Flüchtlinge und die Krise der Demokratie schreiten weiter voran, gerade weil die Verantwortlichen sicherstellten – mit Mauern, Deals und Meinungsmache –, dass sich das Wunder von 2015 nicht mehr wiederholt.

Prolog

WIR GEGEN DIE IN DER BLOCKIERTEN DEMOKRATIE

Zur intellektuellen Selbstverteidigung gegen inszenierte Bedrohungen

In seiner sogenannten Agenda-Rede 2003 entwarf Bundeskanzler Gerhard Schröder eine düstere Gegenwart und Zukunft. Nur eine »Reform« könne die Krise noch eindämmen. Wirtschaft, Politik und Medien hatten über Jahre gewarnt, dass das »Schlusslicht Deutschland« den Anschluss an die Weltwirtschaft gänzlich verlieren könne und Massenarbeitslosigkeit drohe. Vor dem Hintergrund der propagierten Gefahren wurde die Agenda 2010 entworfen, die Rente teilprivatisiert, die Banken faktisch zu Casinos umgebaut, der Sozialstaat ausgehöhlt und den »notleidenden« Unternehmen und dem Kapital die Steuerlast von den Schultern genommen, so dass immer mehr Reichtum von unten nach oben transferiert werden konnte.¹

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA wurde ein »Sturm von Flugzeugen« prophezeit. Es war der Startschuss für den sogenannten »War on Terror«, massive Beschneidungen von Bürgerrechten sowie für den Ausbau des Überwachungsstaats. US-Präsident George W. Bush verkündete 2003 der amerikanischen Nation: »My fellow citizens, at this hour American and coalition forces are in the early stages of military operations to disarm Iraq, to free its people and to defend the world from great danger.«² Der damalige Bundesverteidigungsminister Peter Struck mahnte im Bundestag, dass »unsere Sicherheit (...) nicht nur, aber

auch am Hindukusch verteidigt« werde, »wenn sich dort Bedrohungen für unser Land wie im Fall international organisierter Terroristen formieren«. In Afghanistan sind heute, siebzehn Jahre nach Beginn des Krieges, immer noch deutsche Truppen stationiert.³

Bedrohungen werden immer wieder inszeniert und genutzt, um in Staaten unpopuläre Politiken durchzusetzen. Gegen den neoliberalen Umbau und die Kriege gab es von Anfang an massiven Widerstand aus den jeweiligen Bevölkerungen. Nicht ohne Grund. Die neoliberalen Politiken führten zu einem Angriff auf den Wohlfahrtsstaat, bremsten das Wirtschaftswachstum, reduzierten das Arbeitsvolumen und vergrößerten die Gefahren der Finanzindustrie, während die von Spekulation angetriebenen Großbanken später, als die Blase platzte, als »too big to fail« vom »Nanny-State«, also den Steuerzahlern, gerettet werden mussten. Nach dem Motto: Profite werden privatisiert, Verluste sozialisiert. Ebenso absehbar waren die Effekte der Kriege. Sie töteten Hunderttausende Menschen, vervielfachten und verbreiteten Terror, zerstörten und destabilisierten ganze Regionen, die nun durch hartnäckige »after wars«, also Bürgerkriege, in Gewalt zu versinken drohen.⁴

Auch die weiter zurückliegende Geschichte liefert reichlich Material dafür, wie Bedrohungen erfunden worden sind, um gesellschaftliche Widerstände gegen Politiken niederzuringen. So bauschte das Nazi-Regime mit Hilfe der Presse einzelne Übergriffe auf Volksdeutsche in Danzig zu systematischen Gräueltaten auf, inszenierte einen Überfall auf den deutschen Rundfunksender Gleiwitz und verdrehte polnische Verteidigungsstellungen gegen einen deutschen Angriff als Bedrohung Deutschlands durch polnische Truppen. Hitler verkündete während des Überfalls auf Polen: »Seit 5 Uhr 45 wird jetzt zurückgeschossen«. Deutschland »verteidigte« sich gegen sein östliches Nachbarland. Die Medien halfen dabei mit, die kriegsunwilligen Deutschen kriegsbereit zu machen, aber auch die Regierungen in Paris und London davon zu überzeugen, Hitler gewähren zu lassen.⁵

Die Erfindung der bedrohten Republik

»2015 darf sich nicht wiederholen.« So lautet seit dem »Flüchtlingsschicksalsjahr« die eindringliche Warnung. Bundesregierung, Parlament und Massenmedien erklärten ein ganzes Kalenderjahr wegen Schutzsuchenden zum Gefahrentgut. Die Abwehrmaßnahmen der Politik wurden zu einem Verteidigungsakt erhoben. Deutschland sei in einen Notstand geraten, hieß es, in die Ecke gedrängt worden, aus der es sich nur mit »harten Entscheidungen« befreien könne. »Nie wieder 2015!« lautete die Angstbotschaft, die alle Bereiche der Gesellschaft erfasste. Es klang wie »Nie wieder Auschwitz«. ⁶

Wissenschaftler sind ebenfalls besorgt über die gegenwärtigen Entwicklungen. Ein Fachgremium aus führenden Experten, 1945 von Albert Einstein erstmals ins Leben gerufen, rückte die sogenannte Domsday Clock (die Weltuntergangsuhr) während der »Flüchtlingskrise« auf zwei Minuten vor Mitternacht vor. So nah am Endpunkt der Welt stand die Uhr nur einmal, 1953, als der Korea-Krieg wütete und die USA und die Sowjetunion sich einen Wettlauf um die Wasserstoffbombe lieferten. Flüchtlinge spielten bei der Gefährdungsanalyse allerdings keine Rolle. Bedroht sei die Menschheit vielmehr durch den voranschreitenden Klimawandel und die wachsende Gefahr eines Atomkriegs. So heißt es unter anderem im »Bulletin of the Atomic Scientists« von 2016:

»The world continues to warm. Keeping future temperatures at less-than-catastrophic levels requires reductions in greenhouse gas emissions far beyond those agreed to in Paris – yet little appetite for additional cuts was in evidence at the November climate conference in Marrakech. (...) Progress in reducing the overall threat of nuclear war has stalled – and in many ways, gone into reverse. This state of affairs poses a clear and urgent threat to civilization, and citizens around the world should demand that their leaders quickly address and lessen the danger.«⁷

1,8 Millionen Mal wurde in der deutschen Presse in den letzten drei Jahren auf Flüchtlinge und Asyl hingewiesen. In

den Talkshows der öffentlich-rechtlichen Sender dominieren Themen wie Islam, »Flüchtlingskrise« oder Terrorismus. Obwohl im Bundestagswahlkampf 2017 die Kandidaten für das Kanzleramt Angela Merkel (CDU) und Martin Schulz (SPD) keine asylbezogenen Kampagnen führten, dominierte das Thema in den Medien. So befragten die Journalisten die beiden Kandidaten während des 95-minütigen TV-Duells rund die Hälfte der Zeit zur Flüchtlings- und Asylpolitik. In den Sommerinterviews von *ARD* und *ZDF* 2018 nahmen Fragen zu Flucht, Asyl und Migration mehr als ein Drittel der Redezeit ein, während Klimawandel und Klimaschutz nicht ein einziges Mal angesprochen wurden (wie auch viele andere wichtige Themen wie Armut kaum Aufmerksamkeit erhielten) – wie bei den Kanzlerkandidaten-Befragung ein Jahr zuvor. Die globale Erwärmung spielte im Wahlkampf und der Berichterstattung darüber insgesamt keine Rolle.⁸

In der Presse tauchten Klimawandel und Klimaschutz seit Ausbruch der »Flüchtlingskrise« nur 230 000 Mal auf, also mehr als siebenmal weniger als die »Flüchtlingskrise« im gleichen Zeitraum.⁹ In den nationalen Polittalksendungen war die globale Erderwärmung einzig im Zuge des deutschen Hitzesommers 2018 und den massiven Protesten gegen die Abholzung des Hambacher Forsts für den weiteren Kohleabbau kurzzeitig Thema. In den Jahren zuvor jedoch niemals, obwohl im Dezember 2015 in Paris ein entscheidender Klimagipfel stattfand, die Wissenschaftler immer eindringlicher vor dem drohenden Klimachaos warnen und die Treibhausgase seit zehn Jahren in Deutschland sogar leicht steigen, anstatt in dieser Zeit massiv gesunken zu sein.¹⁰

Die Gefahren eines möglichen Atomkriegs waren ebenso wenig in den einflussreichen Rundfunksendungen oder Leitartikeln vertreten.¹¹ Und wenn einmal darüber berichtet wurde, dann über die »Schurkenstaaten« Iran, Nordkorea und Russland, während die Medien das aggressive Verhalten und die atomare Eskalation der USA und der anderen NATO-Staaten als Schutzmaßnahme rahmten.¹² Auch das Versagen der deutschen und europäischen Klimaschutzpolitik wurde

mehr oder weniger ausgeblendet statt es zu skandalisieren. So mahnen Klimawissenschaftler, dass die Treibhausgase in Deutschland, wie in anderen Industriestaaten auch, bis 2035 auf null reduziert werden müssten, um den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur noch auf 2 Grad Celsius begrenzen zu können und die globale Bedrohung damit einigermaßen zu bannen – eine Emissionsreduktion doppelt so schnell wie geplant. Doch diese wichtige Information wird dem deutschen Publikum bis heute weiter vorenthalten. Jetzt verbleiben nur noch gut 15 Jahre für den Komplettumbau.¹³ Die Bundesregierung könnte auch der Ansicht der Bevölkerung folgen und die nukleare Teilhabe mit den USA (in Form von im Bundeswehr-Stützpunkt Büchel stationierten Atomsprengköpfen) sowie die Eskalation mit Russland beenden. Doch die Medien schüren weiter Ängste vor Russland und warnen vor einer Energie- und Stromkrise, wenn schneller auf alternative Energien umgestellt werde. Die Kluft zwischen Wissenschaft und politischer Öffentlichkeit¹⁴ könnte kaum größer sein.¹⁵

Auch eine andere Nachricht zur Einschätzung der weltweiten Bedrohungslage wird den Deutschen (und nicht nur ihnen) weiter vorenthalten. Denn nimmt man die Einstellung der Weltbevölkerungen, dann werden die USA als größte Gefahr für den Weltfrieden angesehen – mit 24 Prozent der Stimmen weit vor Pakistan mit acht Prozent, gefolgt von China (sechs Prozent) und Afghanistan (fünf Prozent). Die offiziellen »Schurkenstaaten« Russland, Nordkorea oder Iran sucht man vergeblich in der Top-Gefährderliste. Die Befragung wurde im Jahr 2013 durchgeführt, also vor der Präsidentschaft Donald Trumps. Damals leitete der Nobelpreisträger und erste schwarze Präsident der Vereinigten Staaten Barack Obama noch die Geschäfte in Washington D.C. Er eskalierte den Krieg in Afghanistan, weitete das Drohnterrorprogramm massiv aus und brachte mehr Whistleblower und Journalisten ins Gefängnis als alle US-Präsidenten vor ihm zusammengenommen.¹⁶ Doch die Bundesregierung und die deutschen Medien haben eine andere

Sicht als die Weltbevölkerung. Sie unterstützen unbeirrt die »Ordnungsmacht« USA bei Kriegen, Terrorprogrammen und gefährlichen Konfrontationen mit der Atommacht Russland, so dass die Gefahren nicht nur nicht eingedämmt, sondern immer weiter gesteigert wurden.¹⁷

Sehen wir uns demgegenüber die Bedrohung durch Flüchtlinge an, die Deutschland und die EU ab 2015 in eine derart tiefe Krise gestürzt haben, dass sich diese Situation nie wieder ereignen darf. In Deutschland, dem ökonomischen Powerhouse der Union, sind heute 970 000 anerkannte Flüchtlinge registriert (Ende 2017), das ist gut ein Prozent der Bevölkerung. Ohne den Zuzug wäre Deutschland wohl geschrumpft. Auf dem reichsten Kontinent der Welt sind insgesamt 2,3 Millionen Flüchtlinge zu versorgen, also rund 0,5 Prozent. Die deutsche Ökonomie ist in der »Krise« stärker als zuvor gewachsen, auch wegen der Flüchtlinge und ihres überdurchschnittlichen Binnenkonsums. Der Staatshaushalt strotzt vor Überschüssen. Die Beschäftigung hat zugenommen, die Arbeitslosigkeit sank. Auch die Kriminalität hat in der »Krise« abgenommen, absolut wie relativ. Deutschland geht es nach 2015 und 2016 keineswegs schlechter, sondern in vielen Bereichen besser als zuvor.¹⁸

Überwältigende Mehrheiten der EU-Bürger stehen in Umfragen unbeirrt von »Krise«, »Kontrollverlust« und dem »Jahrhundertproblem« zur moralischen Pflicht, vor Krieg und Verfolgung fliehende Menschen in ihren Ländern aufzunehmen. Die Europäer sind ebenfalls in großen Mehrheiten für eine faire Verantwortungsteilung, auch wenn ihre Länder dadurch verpflichtet würden, mehr Schutzsuchende zu versorgen. Die meisten mahnen an, dass ihre Länder mehr für die Schutzsuchenden tun sollten. Die Deutschen stellten in mehreren Umfragen immer wieder klar, dass sie gegen den unter deutscher Geschäftsführung ausgehandelten EU-Türkei-Deal sind, auch wenn dadurch mehr Flüchtlinge nach Deutschland kommen würden. Die Erhebungen zeigen, dass die Europäer und Deutschen sich keineswegs von Flüchtlingen bedroht fühlen, sondern im Gegenteil die

moralische Pflicht empfinden, weiter zu helfen. So sehen nur 23 Prozent der Bürger Deutschlands ihre Heimat in den Jahren der »Flüchtlingskrise« gefährdet – und das vor allem durch die Schließung von Geschäften vor Ort.¹⁹

Andererseits wurde auch eine Reihe von Ängsten und Sorgen in Hinsicht auf Flüchtlinge während der »Krise« an die Oberfläche gespült. Die Bürger zeigten sich besorgt über mehr Kriminalität, mehr Druck auf die Arbeitsmärkte oder eine drohende Zerrüttung des sozialen Friedens durch den Zuzug von Flüchtlingen. Viele Europäer betrachteten sogar Einwanderung und Terrorismus laut Eurobarometer vom Herbst 2015 als größere Probleme auf europäischer und nationaler Ebene als fehlende Arbeit und soziale Absicherung in ihren Ländern, ohne allerdings persönlich davon betroffen zu sein.²⁰ Rechtsradikale Bewegungen und Parteien erhielten zudem starke Zuwächse, während fremdenfeindliche Gewalt dramatisch anstieg. Die Frage ist also: Wie kann es sein, dass Deutsche und Europäer einerseits in der »Krise« besorgt waren über die negativen Auswirkungen von Flüchtlingsaufnahme und gleichzeitig deutlich ihre Bereitschaft signalisieren, zu helfen und mehr Flüchtlinge in ihren Ländern aufzunehmen? Wie sind diese Ungereimtheiten in der öffentlichen Meinung zu erklären?

Die Widersprüche lösen sich auf, wenn man die massenmediale Berichterstattung berücksichtigt. So wurde die Schutzsuche von Flüchtlingen in Deutschland in den letzten drei Jahren zum »Jahrhundertproblem« transformiert und das Bild einer von Flüchtlingen »bedrohten Republik« erschaffen. Das ist die These des Buches, die in den folgenden Kapiteln entfaltet und analysiert werden soll. Die schiere Masse an Krisenberichterstattung und Angstnachrichten war erdrückend und musste verunsichern. So konnte der Hilfsimpuls der Bürger neutralisiert und entpolitisiert werden, während die Abwehrmaßnahmen ohne Diskussion im politischen Schnellverfahren umgesetzt wurden, wobei die einzige Sorge der Journalisten war, ob die Maßnahmen auch wirklich die Bedrohung bannen würden.²¹

Seitdem schaffen es nur noch wenige Schutzsuchende durch die verschärften Barrieren, die die Europäische Union immer hermetischer vor den Verpflichtungen der Genfer Flüchtlingskonvention abschirmen. Das Elend findet wie gewohnt draußen vor der Tür statt. Die intellektuelle und politische Klasse zeigt sich erleichtert. Der Europäische Rat stellte nach dem EU-Gipfeltreffen Mitte 2018 fest:

»Since 2015 a number of measures have been put in place to achieve the effective control of the EU's external borders. As a result, the number of detected illegal border crossings into the EU has been brought down by 95 % from its peak in October 2015. (...) The European Council is determined to continue and reinforce this policy to prevent a return to the uncontrolled flows of 2015 and to further stem illegal migration on all existing and emerging routes.«²²

Der Notstands- und Bedrohungsdiskurs fabrizierte dabei eine neurotisierte Gesellschaft. Denn die politische Mainstream-Kommunikation sendete immer wieder »Double-Bind«-Botschaften aus. Double-Bind-Botschaften bestehen aus zwei sich widersprechenden Aussagen, die beide Gültigkeit beanspruchen. Dadurch entsteht eine Art mentaler Zwickmühle. Es heißt: Wir werden Flüchtlinge weiter schützen und ihnen »ein freundliches Gesicht« zeigen, aber wir müssen sie daran hindern, zu uns zu kommen. Die Willkommensbereitschaft der Deutschen ist faszinierend, aber politisch setzen wir das Parteiprogramm der AfD um.²³ Wir bekennen uns zur Genfer Flüchtlingskonvention, aber wir werden mit allen Mitteln versuchen, das internationale Recht auszuhebeln. So konnte die moralische Verpflichtung gegenüber Schutzsuchenden einerseits behauptet, im gleichen Atemzug realpolitisch zersetzt werden. »Begrenzte Barmherzigkeit«, so brachten es deutsche Bischöfe und der damalige Bundespräsident Joachim Gauck auf den Punkt. Das Resultat der permanenten »Double-Bind«-Kommunikation ist mentale Verwirrung, die sich in Umfragen wiederfindet.

Selbst der Begriff »Flüchtlingskrise« ist ein humanitäres Codewort. Der Begriff suggeriert, dass Medien und Politik

die Krise der Flüchtlinge in den Fokus nehmen würden und um Lösungen bemüht seien. Doch die eigentliche Bedeutung ist eine andere. So tauchte die »Krise« im öffentlichen Diskurs erst auf, als die Abschottung Deutschlands kollabierte, inklusive des Dublin-Systems. Bis Mitte 2015 wurde der Begriff »Flüchtlingskrise« praktisch nicht verwendet. Selbst als 2014 über vierzehn Millionen Flüchtlinge neu vertrieben wurden, gab es in der deutschen Öffentlichkeit keinen Grund, von einer »Flüchtlingskrise« zu sprechen. »Flüchtlingskrise« bedeutet tatsächlich (gemessen an seiner realen Verwendung im öffentlichen Diskurs): *Krise Deutschlands mit Flüchtlingen aufgrund der kollabierten Abwehr* beziehungsweise schlicht *Abschottungskrise*. Man stelle sich vor, die Medien hätten statt von »Flüchtlingskrise« von »Abschottungskrise« gesprochen: Die humanitäre Rhetorik wäre in sich zusammengebrochen.

Die blockierte Demokratie: Wir gegen Die

Die Erfindung der »bedrohten Republik« und die Propagierung der Alternativlosigkeit von Abwehr im Zuge der erhöhten Flüchtlingsaufnahme rührt an ein grundsätzliches Problem: Die zunehmende Aushöhlung der Demokratie. Denn erneut wurden demokratische Prozesse in der politischen Öffentlichkeit blockiert und ausgehebelt. So wurde mit Angstbotschaften die brutalisierte Abwehr von Flüchtlingen gerechtfertigt. Die Regierung konnte sich dabei auf jede Menge »Argumente«, manipulative Umdeutungen und ideologische Rahmungen der Journalisten verlassen. Es waren Beruhigungspillen fürs Volk, die von den Medien wie am Fließband geliefert wurden. Denn die Folgen der »unschönen« Abschottung, waren, wie der ehemalige Bundesinnenminister Thomas de Maizière es ausdrückte, »unschöne Bilder«, die von uns ausgehalten werden müssten.²⁴

In der »Krise« von 2015 bis 2017 sind über 12 000 Flüchtlinge im Mittelmeer ertrunken,²⁵ wahrscheinlich genauso

viele oder mehr zusätzlich auf dem Weg durch Wüsten verdurstet und verhungert. Allein die Opfer im Mittelmeer bedeuten jedes Jahr durchschnittlich eineinhalb Mal so viele Tote, wie bei den Angriffen von 9/11 zu beklagen waren. Das sind allerdings nur die dokumentierten Fälle, die von Überlebenden berichtet werden. Das gut recherchierende Projekt »Migrant Files« geht davon aus, dass in den letzten 15 Jahren weit mehr, bis zu 80000 Flüchtende, allein im Meer gestorben sind – dazu käme noch einmal mindestens die gleiche Opferzahl infolge von Verdursten, Verhungern und Ermordungen.²⁶ Die Erosion des Flüchtlingsschutzes schreitet derweil weiter voran, inklusive »KZ-ähnlichen« Zuständen wie in Libyen, Versklavungen, dauerhaften Internierungen und den »Höllensexperimenten«, denen Flüchtlinge in den Lagern im Globalen Süden ausgesetzt werden.²⁷ Hilfsboote werden abgedrängt und attackiert von der libyschen Küstenwache, bezahlt von der EU. Es herrschen katastrophale Zustände auf Flüchtlingsrettungsschiffen – eine Mutter und ihr Säugling im Koma sowie Krätze an Bord –, denen aber die Einfahrt in europäische Häfen verweigert wird.²⁸ Die Regierungen Europas schauen weg, inklusive der Bundesregierung, die Medien entsorgen die »Kollateralschäden« durch gezielte Ignoranz. Wie Heribert Prantl es vor der »Krise« auf den Punkt brachte: »Die EU schützt sich mit toten Flüchtlingen vor Flüchtlingen.«²⁹

Die Erfindung der »bedrohten Republik« diente aber nicht nur dazu, im politischen Schnellverfahren die Lösung der »Krise« durchzusetzen, Fachwelt, Zivilgesellschaft und Bürgermeinung dabei auszuschalten und kritische Meinungsbildung in Hinsicht auf zivile und faire Alternativen abzublocken. Mit ihrem Bedrohungsdiskurs boten Politik und Medien dem sozialen und politischen Frust in der Gesellschaft zudem Sündenböcke an. AfD, Pegida und Neonazis nahmen die »Blitzableiter« dankend an, während *Süddeutsche Zeitung*, *Spiegel*, *ARD* und Co. dem Frust ständig neue Symbole und Geschichten zuführten, die Schutzsuchende zur Gefährdung, zum Mega-Problem und zur Jahrhundert-

krise stilisierten. Gleichzeitig wurde das Anwachsen von rechtsradikalen Kräften und Fremdenfeindlichkeit wiederum in der politischen Öffentlichkeit recycelt, um die Abwehr von Flüchtlingen als Reaktion auf destabilisierte demokratische Verhältnisse in der EU und Deutschland zu rechtfertigen.

Die stigmatisierende Symbolproduktion, die Minderheiten an den Pranger stellt, ist ein gefährliches Spiel. Denn die dabei stimulierte Blitzableitung von angestautem Frust auf Sündenböcke kann demokratische Institutionen erodieren. Ein repressives »Wir« verschafft sich zunehmend Raum in der Gesellschaft und betritt immer selbstbewusster die politische Bühne, während Minderheiten mehr und mehr ausgesondert und institutionell stigmatisiert werden.

Einige institutionelle Verschiebungen sind jenseits der Wahlerfolge der AfD in Deutschland und der politischen Rechtsentwicklung im Zuge der »bedrohten Republik« schon zu besichtigen. Der Schutz von Minderheiten in der Medienberichterstattung, verankert im Pressekodex, wurde nach der Kölner Silvesternacht für obsolet erklärt. Seitdem ist der Pranger-Journalismus fester Teil der politischen Öffentlichkeit. Bei Münchener Oktoberfesten werden die Straftaten von Asylbewerbern von der Polizei nun extra veröffentlicht. Ein massives »Racial Profiling« fand in der Silvesternacht 2016/2017 auf der Kölner Domplatte statt, da angeblich ein neues »Sodom und Gomorrha« drohte. Das BKA führt seit 2016 einen Extra-Bericht »Kriminalität im Fokus«, bei dem die Straftaten von Zuwanderer-Flüchtlingen gesondert behandelt werden. In Bayern wurde das Polizeirecht massiv verschärft, andere Bundesländer planen ebenso die Befugnisse der Polizei drastisch auszuweiten. So werden antidemokratische »Wir«-gegen-»Die«-Schemata und repressive Strukturen in die Gesellschaft eingepflanzt, die sie wiederum anfälliger machen für rechtsradikale und faschistische Ermächtigungen.³⁰

Die negative Gegenüberstellung Deutsche vs. Flüchtlinge im Zuge der »Krise« ist nur der Kulminationspunkt in einer

Reihe von politischen Diffamierungen von »Out-Groups«, um unpopuläre Politiken durchzusetzen. Sie reicht von den »Sozialschmarotzern« im Zuge der Agenda-2010-Debatten über die »Schurkenstaaten« wie Afghanistan, Irak oder Russland (um geopolitisch Kriege und Eskalationen durchzusetzen) bis hin zum »Schuldenstaat« wie Griechenland, um damit den Wohlfahrtsstaat in der EU zu attackieren.³¹

All das spielt sich ab vor dem Hintergrund eines zunehmenden Niedergangs der Demokratie, der nicht nur in den USA, sondern auch in Europa zu beobachten ist. So wurden wichtige Entscheidungen an die Bürokratie in Brüssel delegiert, die wiederum zu großen Teilen die Finanzindustrie repräsentiert. Den Griechen wurde 2015 erklärt, dass nicht sie über ihr Schicksal entscheiden dürften. Der deutsche Finanzminister und die Troika aus Europäischer Zentralbank, Internationalem Währungsfonds und EU-Kommission wischte das Nein der Griechen gegen die Austeritätsmaßnahmen beiseite und setzte ein brutales Spar- und Sozialkürzungsprogramm durch. Jetzt dürfen die Griechen leiden, während sich die französischen und deutschen Großbanken ihrer Ausfallrisiken entledigen konnten – zu Lasten der deutschen und europäischen Steuerzahler.³²

So fühlen sich überall in der EU und auch in Deutschland die Menschen von ihrer Politik und ihren Medien alleingelassen. Sie wenden sich ab von zentralen Institutionen der Demokratie wie dem Parlament und den Medien. Das Misstrauen ist wie schon gesehen nicht unbegründet. Studien in den USA und auch in Deutschland zeigen, dass die Meinung großer Teile der Bevölkerung praktisch keinen Einfluss auf die politischen Entscheidungen ihrer Regierung hat, während die Wünsche der obersten Einkommens- und Vermögensschicht den Kurs festlegen.³³

Während immer mehr Reichtum von unten nach oben abgesaugt wird, werden die Bürger auf die Zuschauertribüne verbannt. Sie dürfen Banken retten, dafür zahlen, aber nicht einmal über ihre Abgeordneten Kontrolle über die Hunderten Milliarden Euro ausüben.³⁴ Ihre Sorgen und Nöte werden

gleichzeitig in der Realpolitik zum »Gedöns« degradiert, für das lediglich symbolische Heftpflaster verabreicht werden. Steigende Mieten und Wohnungslosigkeit; kaputte Schulen und Bahnchaos; wachsende Armut und gedemütigte Hartz-IV-Aufstocker; überforderte Alleinerziehende, gestresste Studierende und Abgehängte; versteckte und offene Armut im Alter; Pflegekrise; blockierte Energiewende, steigende Treibhausgase und bedrohlicher Klimawandel; Bauernhofsterben auf dem Land; deindustrialisierte Zonen ohne Perspektiven in Ost und West; steigende Konzernmacht: Die Liste der Missstände ließe sich lange weiterführen. Keiner dieser Missstände wird ernsthaft von den politisch Verantwortlichen adressiert, viele von ihnen werden sogar weiter verschärft. Die Bürger haben allen Grund, frustriert zu sein, Angst zu haben und schwarzzusehen.

Sie wissen zudem, dass die schlechte Realität nicht vom Himmel gefallen ist, sondern aus politischen Entscheidungen resultiert, die von Journalisten (um es freundlich auszudrücken) intellektuell lediglich eskortiert worden sind.³⁵ Das gilt unter anderem für die neoliberalen Angriffe auf den Wohlfahrtsstaat und die militärische Interventionspolitik. Seit über zwei Jahrzehnten hören die Bürger in Endlosschleife, dass »harte Entscheidungen« getroffen werden müssen, damit am Ende alles für alle wieder gut oder doch besser wird. Während Kommunen jedoch weiter zum Sparen gezwungen werden, viele Menschen ihre Lebenshaltungskosten vor allem in den Städten nicht mehr tragen können und Armut sich ausweitet, erhält das deutsche Militär gleichzeitig in wenigen Jahren 80 Prozent *mehr* Geld, von 2015 bis 2019 innerhalb von nur vier Jahren absolut 10 Milliarden Euro *zusätzlich*. Tendenz steigend. Denn die Regierung möchte möglichst bald das NATO-Versprechen einlösen, zwei Prozent der gesamten deutschen Wirtschaftsleistung für Soldaten, Panzer und Kriegseinsätze auszugeben. Mancher mag sich da fragen: Warum wird derart viel Geld für »militärische Lösungen«, warum werden astronomische Summen für Banken und Konzerne ausgegeben, anstatt

sinnvolle Politiken in Deutschland und der Welt damit zu ermöglichen?³⁶

Was immer die Europäer in ihren Ländern an etablierten Parteien seit vielen Jahren wählen, sie bekommen mehr oder weniger immer die gleiche Politik. Der daraus resultierende Frust und Vertrauensverlust ist längst nicht mehr nur ein bohrendes Gefühl in westlichen Demokratien, sondern wird zunehmend politisch. Die Briten haben der EU und dem politischen Establishment mit ihrem, wenn auch knappen, Brexit-Yes eine Lektion erteilen wollen. Sie werden erfahren, dass der Neoliberalismus auch ohne EU funktioniert und Demokratie national blockiert werden kann. Darüber hinaus gewinnen rechtsradikale und populistische Parteien in ganz Europa immer mehr an Rückhalt in der Gesellschaft. Auch sie werden keine Lösung für den Frust bringen. Im Gegenteil. Trump hat den Superreichen, dem oberen einen Prozent, wie angekündigt ein Steuergeschenk in Höhe von gigantischen 1,5 Billionen Dollar gemacht, während die Gegenfinanzierung über Sozialkürzungen in den nächsten zehn Jahren eingebracht werden soll. Die AfD ist ebenfalls auf der Seite der Reichen und Superreichen. In Frankreich propagiert der Front National eine Politik für die Familie und mittelständische Betriebe. Ob es mehr ist als wahltaktische Rhetorik, um bei der Bevölkerung zu punkten, ist allerdings fraglich.³⁷

Diejenigen, die über sehr viel Einfluss auf die Politik und Meinungsbildung verfügen, haben verständlicherweise kein Interesse daran, sich mit dem gesellschaftlichen Frust in den unteren Etagen der Gesellschaft auseinanderzusetzen oder Steuergerechtigkeit und soziale Gleichheit anzustreben. Andererseits stellt der wachsende Bürger-Frust eine Gefahr für die Interessen der Elite und der Kapitaleigner, also der Business-Klasse dar. Daher versuchen Massenmedien, dominiert von milliardenschweren Verlegerdynastien und Medienkonzernen, die Aufmerksamkeit auf andere Bereiche zu lenken: Weg von der Politik, hin zu Unterhaltung, Sport und Konsumismus.³⁸

Aber auch in der politischen Arena müssen Ventile für Wut und Ohnmacht geschaffen werden. Denn selbst in bürgerlichen Schichten rumort es angesichts der gesellschaftlichen Missstände. So werden Kriege und außenpolitische Konflikte benutzt, um eine Art intellektuellen »Wir«-gegen-»Die«-Teamspirit zu erzeugen. Die Bush-Regierung kramte nach den Anschlägen von 9/11 ständig neue »Red-Alert«-Bedrohungen hervor. Die Botschaft ist immer die gleiche: »Wir« werden bedroht von »denen«. »Wir« müssen gegen »die« zusammenhalten. »Wir« sind die Guten, »sie« sind die Bösen. Zugleich ermöglicht das »Wir«-gegen-»Die«-Schema das Ausleben von politischer Unzufriedenheit. Es heißt: Die Muslime sind schuld. Oder: Die Russen sind schuld. Oder: Die Griechen sind schuld. Nicht: Die Banken sind schuld oder: Die eigene Regierung ist schuld. Im *ARD-Politmagazin Kontraste* brachte ein Kneipenbesucher in einem Dorf in Mecklenburg-Vorpommern die Logik so auf den Punkt: »Früher haben die Wessis auf die Ossis geschimpft, die Ossis auf die Wessis. Und jetzt schimpfen beide auf die Ausländer.«³⁹

Zurück bleiben verängstigte Bevölkerungen. Diese Verängstigung ist letztlich ein Nebenprodukt der Rhetoriken, mit denen Kriege, »harte Entscheidungen« und unfaire Muskelspiele gegenüber Schwächeren in der internationalen Arena gerechtfertigt werden. Die umherschwirrende Angst wird von interessierten Seiten in Petrischalen künstlich weiter gezüchtet. So wird der politische Unmut zunehmend von seiner Quelle und Zielscheibe, von den Eliten und »denen da oben« weggelenkt auf die »Feinde unserer Art zu leben«, die uns bedrohen. Thilo Sarrazin hat dieses Potenzial meisterlich ausgeschöpft und die ganze Klaviatur der Ablenkung nach dem Muster bedient: »Die sind schuld« beziehungsweise »der Islam schafft Deutschland ab«. Die Medien boten ihm ein breites Forum. Das Buch wurde zu einem großen Bestseller. Nicht zufällig kommt Sarrazin aus der Finanzindustrie. Er ist ein klassischer Rattenfänger. Aber die »Ratten«, die verängstigten Menschen, wurden im Zentrum der neoliberalen Demokratie, von Konzernen, dem politischen

Establishment und der massenmedialen Öffentlichkeit erzeugt.

Es ist wie gesagt ein gefährliches Spiel mit Rückschlag-Effekten. Denn es macht die Schleusen auf zu Kanälen, die trübe Gewässer in sich tragen. Der Fokus auf Minderheiten, andere Kulturen und Nationen als Bedrohung des »Wir« dockt an faschistische Ermächtigungstaktiken an, wie Jason Stanley von der Yale University in seinem aktuellen Buch »How Fascism Works« zeigt. Nach dem Schema: »Wir sind die Opfer, sie die Täter. Sie sind minderwertig und nicht vertrauenswürdig. Sie leben im Sodom und Gomorrha. Sie kommen zu uns und nehmen uns die Arbeit weg und begrabschen unsere Frauen und Mädchen. Ohne sie wäre alles besser«. ⁴⁰

Die liberalen Medien wissen um die Gefahr, den Geist komplett aus der Flasche zu lassen, und dosieren die Zuläufe aus den trüben Kanälen, anders als die Trumps, Orbáns, Putins und Erdoğan, die offen die Demokratie angreifen und autoritär auf »Wir«-gegen-»Die«-Rhetorik umschalten. In Deutschland wie in den meisten europäischen Staaten werden die Schleusen bisher nur in politisch kritischen Momenten weiter geöffnet, um Kriegseinsätze, internationale Konfrontationen oder repressive Akte gegen Widerstände durchzusetzen. Dann kann das Herabwürdigen von Staaten, Religionen und Kulturen bis zur Diffamierung hochgedreht werden.

Migrationskritik in der bedrohten Republik

Die Erfindung der »bedrohten Republik«, des »neuen Humanismus« und der Alternativlosigkeit der Abschottung im Mainstream arbeitete in der »Krise« zu großen Teilen aber nicht mit offenem Rassismus und Hetze, sondern mit einer komplexen Rhetorik aus Statistiken, Halbwahrheiten und verdeckten Herabwürdigungen, die aber politisch das gleiche Ziel verfolgen: Flüchtlinge auf Armlänge vom EU-Territorium fernzuhalten. Das macht die suggestive Stärke der

modernen Bedrohungs-PR aus, die ständig »Double-Bind«-Botschaften aussendet, Diffamierungen über Bande spielt, vom eigentlichen Skandalon ablenkt und argumentativ einen Tunnelblick erzeugt, während die humanitäre Fassade gewahrt wird. So konnte erreicht werden, eine an sich lösungsorientierte und solidarische Gesellschaft während der »Krise« in ängstliche Passivität zu bannen, um brutalierte Abschottung gegen Flüchtlinge durchzusetzen. Denn über allem schwebte die ultimative Bedrohung: »Nie wieder 2015! Nie wieder Chaos! Keine endlose Masseneinwanderung!«

Angeichts der Vielschichtigkeit und suggestiven Kraft der »Krisen«-Botschaften ist eine komplexe journalistische Gegenrecherche notwendig. Denn nur so kann hinter die Kulissen der »bedrohten Republik« geschaut werden. Nur so kann geprüft werden, ob die Botschaften, Argumente und Erzählungen tatsächlich die Realität wiedergeben haben.

Noch eine zweite, etwas längere Vorbemerkung ist notwendig. Bei der Analyse der »bedrohten Republik« geht es nicht um Migranten, sondern explizit um *Flüchtlinge*. Die »Flüchtlingskrise« war, wie schon Anfang der 90er Jahre im Zuge des Jugoslawienkriegs, eine genuine *Flüchtlingskrise* (im Sinn der kollabierten territorialen Abschottung gegen Schutzsuchende) und keine *Migrationskrise*, wie oft unterstellt wird (Migration verstanden als: Zuwanderung von unerwünschten Einwanderern aus dem Globalen Süden in den Globalen Norden). Es waren 1,3 Millionen Asylbewerber und Flüchtlinge, die 2015 die gegen sie errichteten EU-Abschottungsbarrieren durchbrachen und die »Krise« erzeugten. Zwei Drittel von denen, die schließlich nach Deutschland kamen, erhielten Asyl und Schutz nach nationalem und internationalem Recht. Demgegenüber ist die Zahl der technisch als »irreguläre« beziehungsweise »illegale« Migranten bezeichneten Einwanderer eher klein. Sie ist in den letzten Jahren auch nicht bedeutsam gestiegen. Potenzielle »irreguläre« Migranten werden auch nicht durch territoriale Abwehr, sondern weit effizienter durch

die Recht- und Perspektivlosigkeit in der EU abgeschreckt. Denn »Illegale« müssen bereit sein, in der EU ein elendes und unsicheres Leben im Untergrund, am Rande der Gesellschaften zu führen. Anders bei den Flüchtlingen. Sie haben weitreichende Bleibe- und Schutzrechte.⁴¹

Daher ist die aktuelle »Kritik der Migration« fehlgeleitet und beinhaltet eine suggestive Umdeutung der »Krise«.⁴² Sicherlich, man kann über die Nachteile von Zuwanderung aus dem Globalen Süden für die Herkunftsländer (»brain drain«), für die Armutsmigranten selbst und die soziale Balance in den Industriestaaten debattieren. Schaut man sich die Forschung an, ergibt sich ein gemischtes Bild in Hinsicht auf die ökonomischen und sozialen Folgen.⁴³ Es kommt wie so oft auf die Umstände und die Politik an. Aber der eigentliche Punkt ist: Flüchtlinge sind keine Migranten und 2015 war keine Migrationskrise. Warum also plötzlich die Sorge um die schädliche Wirkung der Armutsmigration auf die reichen Gesellschaften, die zu großen Teilen ein Phantomschmerz ist?⁴⁴

Die Ökonomisierung von Migration und Ausblendung moralischer und humanitärer Aspekte verkürzen zudem das Problem. Wenn senegalesische Fischer keine Fische mehr in ihren Netzen fangen können, weil die EU dem Land Fischereiabkommen aufgezwungen hat, so dass EU-Trawler die Westküste vor Afrika leer fischen dürfen (während die europäische Wirtschaft davon profitiert und Deutsche, Spanier und Franzosen in ihren Supermärkten den dort gefangenen, günstigen Fisch kaufen), dann hilft eine abstrakte ökonomische Kritik der Migration nicht weiter, solange die Missstände nicht beseitigt und die Zustände nachhaltig verbessert worden sind.⁴⁵ Denn Menschen aus diesen Regionen werden weiter migrieren, egal, ob wir das wollen oder nicht, ob es wirtschaftlich sinnvoll ist oder nicht. Migranten werden auch keineswegs, wie die Migrationsforschung immer wieder herausstellt, von der Wirtschaft oder den Regierungen der Industriestaaten als billige Arbeitskräfte angelockt, auch wenn Illegale in die neoliberale Ökonomie der reichen

Länder integriert werden.⁴⁶ Sie machen sich vielmehr auf den Weg, weil sie von Perspektivlosigkeit »gepusht« werden. Zudem ist das Argument, dass Migration keine Lösung der globalen Ungleichheit und des Elends darstelle und ins Große gerechnet ins Chaos führe, für die politische Antwort auf die akuten Missstände bedeutungslos.

Die Migrationsdebatte, einschließlich der Kritik an dem unverbindlichen UN-Migrationspakt, wurde vor dem Hintergrund der »Flüchtlingskrise« von den Massenmedien und den Architekten der EU-Abwehrpolitik – wenig überraschend – kräftig genährt. Denn sie lenkt ab vom eigentlichen Skandal, während die brutalisierten Abwehrmaßnahmen der EU störungsfrei durchgewinkt werden konnten. Besonders gilt das für die Angst- und Sorgenformel: »Offene Grenzen für alle«. Anstatt über konkrete Alternativen zum Abschottungsregime zu debattieren, wurde ein irrales Menetekel an die Wand gemalt nach dem Motto: »Hartz IV für alle Migranten aus dem Globalen Süden« inklusive Massenansturm auf die EU. Die Diskussion über einen Abbau des sogenannten Non-entrée-Regimes der Industriestaaten gegen Flüchtlinge konnte so aus dem Fokus gerückt werden. Die Alternative schien nun: »Steuern der Ströme« oder gesellschaftliches Chaos.

Dabei wurde nicht einmal erörtert, was konkret mit »offenen Grenzen« gemeint ist. Geht es um »Fähren für Flüchtlinge« über das Mittelmeer? Das wird von einer Mehrheit der Bürger in Deutschland, der Migrationsforschung und dem vom EU-Parlament beauftragten Expertengremium jedenfalls gefordert – ebenso wie von der Linkspartei und Teilen der Grünen.⁴⁷ Oder geht es um Visaerleichterungen beziehungsweise schrittweise Aufhebung des Visazwangs für Menschen aus Entwicklungsländern? Auch das ist kein Horrorszenario, sondern nur fair. Es würde Menschen aus Asien, Lateinamerika, Afrika und dem Nahen Osten lediglich das gestatten, was Europäer in Anspruch nehmen, wenn sie die Länder des Globalen Südens bereisen, während Unternehmen und das Kapital aus den Industriestaaten in den armen

Ländern auf »Einkaufstour« gehen. Auch würden Bürger aus Entwicklungsländern dadurch lediglich US-Bürgern oder Kanadiern gleichgestellt, die zwar in die EU reisen dürfen (um für einige Wochen Urlaub zu machen), aber damit kein Recht auf Wohnen, Arbeit oder andere sozio-ökonomische Rechte erhalten. Wie auch vice versa.

Gleichzeitig benutzen auch linke Migrationskritiker immer wieder unreflektiert Versatzstücke der »bedrohten Republik« und Rhetoriken der Abschottungsideologie aus dem Mainstream. Dabei werfen sie Flüchtlinge und Migranten in einen Topf oder verschleifen die Unterschiede. Sie mahnen, dass 2015 sich nicht wiederholen dürfe, während sie die negativen Effekte von Zuwanderung auf Deutschland und die EU betonen wie Lohndumping, Konkurrenz auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, die Entstehung von Parallelgesellschaften, die Rebellion der Bürger gegen Zuwanderung, den Aufstieg von Rechten und der AfD oder die Störung des sozialen Friedens. Zudem unterstützen sie die Externalisierung der Flüchtlingsversorgung in die Krisen- und Frontstaaten im Globalen Süden als humanitäre Lösung der Flüchtlingsfrage.

So sagte die Linken-Fraktionsvorsitzende Sahra Wagenknecht nach den Vorfällen der Kölner Silvesternacht: »Wer Gastrecht missbraucht, hat Gastrecht verwirkt.« Ein populistischer Slogan, der Härte sowie »Law and Order«-Mentalität gegen die »Gäste« signalisiert. Doch weder sind Flüchtlinge Gäste, noch gilt für sie ein spezielles Gastrecht (sie haben das gleiche Recht in Deutschland zu sein wie jeder Deutsche), noch wird irgendein Recht verwirkt, wenn Flüchtlinge gegen Recht verstoßen (nur im Fall von extremen Straftaten kann das internationale Schutzrecht für sie ausgesetzt werden).⁴⁸

Auch suggerierte Wagenknecht immer wieder in Aussagen, dass Merkel durch ihre Grenzöffnung vor allem junge Männer ins Land geholt habe. »Echte Hilfe würde sich stattdessen vor allem auf Frauen, Kinder, Alte, Schwache und die Ärmsten konzentrieren.«⁴⁹ Aber Merkel hat gar keine Grenze geöffnet. Vielmehr haben Flüchtlinge durch ihren »March of Hope« die Abschottungsschirme der EU (darunter das Dub-

lin-Verfahren) zeitweise zum Kollabieren gebracht (siehe Kapitel 1). Auch sind nicht junge Männer »von Merkel nach Deutschland gebracht worden«. Junge Männer machen auch nur gut ein Drittel der Flüchtlingskohorte von 2015/2016 aus. Aber warum ist das überhaupt wichtig? Was soll damit gesagt werden? Dass junge männliche Flüchtlinge aus arabischen und afrikanischen Ländern bedrohlich und weniger beziehungsweise gar nicht schützenswert sind? Und dass die Schwächsten und Frauen unterrepräsentiert sind, hängt am Abschottungssystem und dem blockierten Familiennachzug, nicht an einer numinosen »Grenzöffnung« und »Einladung«. So sind über die Hälfte der Flüchtlinge weltweit Kinder. Das Non-entrée-Regime der EU sorgt dafür, dass vor allem Kinder, Frauen und die Schwächsten abgewehrt werden.⁵⁰

Gleichzeitig betonte Wagenknecht im Interview, dass den »90 Prozent der [globalen] Flüchtlinge«, die in den »Nachbarländern ihrer Heimat« sind, »nur vor Ort geholfen werden« kann, um direkt anschließend darauf zu verweisen, dass »Migration (...) die armen Länder übrigens noch ärmer« mache.⁵¹ Schauen wir uns die Realität an. Die 90 Prozent aller Flüchtlinge werden seit Jahrzehnten durch die Abwehrmaßnahmen des reichsten Kontinents der Welt dazu gezwungen, in den armen und vollkommen überlasteten Frontstaaten dahinzuvegetieren. Sie leben nicht freiwillig in »Höllensexperimenten«, wie eine *Arte*-Reportage die Flüchtlingslager in den Entwicklungsländern bezeichnet. Und ihnen könnte natürlich durch eine Umsiedlung in die EU geholfen werden. Von den derzeit 13,4 Millionen Flüchtlingen ohne Perspektive, die nach dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) umgesiedelt werden müssten, nimmt Deutschland pro Jahr aber nur 800 auf.⁵²

Zudem wird »Vor-Ort-Hilfe« nahe der Heimat von den Industriestaaten routinemäßig propagiert, während der globale Schutz von Flüchtlingen immer weiter erodiert. Die »Lösung« ist inhaltslose Rhetorik, um das Gewissen zu beruhigen, wenn nicht gesagt wird, wie die Vor-Ort-Hilfe realisiert werden soll. Um nur einen Aspekt zu nennen: Die

Ermöglichung von Schutz für die 90 Prozent aller Flüchtlinge im Globalen Süden (gemäß der in der Flüchtlingskonvention garantierten Rechte auf Arbeit, Wohnen, soziale Absicherung und auf ein normales Leben in der Gesellschaft) und eine entsprechende Finanzierung der sie versorgenden Länder und Kommunen würde die EU-Mitgliedstaaten Dutzende Milliarden Euro pro Jahr kosten. Und das gilt nur für die rund zwanzig Millionen internationalen Flüchtlinge, während die über vierzig Millionen Binnenvertriebenen (also die Vertriebenen, die nicht in ein anderes Land geflohen sind) noch gar nicht berücksichtigt sind. Die bequeme Lösung des outgesourcten Schutzes hat einen unangenehmen »price-tag«. Und Flüchtlinge, die in der Union statt in Entwicklungsländern versorgt würden, machen die armen Länder natürlich auch nicht ärmer. Im Gegenteil.⁵³

Gleichzeitig werden humanitäre Fassaden gebaut und Double-Bind-Botschaften ausgesendet. So formulierte Wagenknecht im Interview mit der *Rhein-Neckar-Zeitung* 2018: »Wir stehen zum Asylrecht und verteidigen es. Für Menschen, die verfolgt werden, muss es offene Grenzen geben. Aber offene Grenzen für alle sind weltfremd. Der Kontrollverlust, den es im Herbst 2015 gab, hat dieses Land verändert, und zwar nicht zum Besseren. Das darf sich nicht wiederholen.«⁵⁴

Einerseits wird zwar betont, dass man zum Asylrecht stehe und verfolgten Menschen helfen müsse. Andererseits wird das moralische Signal im gleichen Atemzug realpolitisch wieder einkassiert. Die verwendete Abschottungsrhetorik à la Merkel, *FAZ* und Co. (»Kontrollverlust« wie im Jahr 2015 »darf sich nicht wiederholen«) weist den Weg. Denn wie will Wagenknecht sicherstellen, dass ohne Abschottung und Abschottungsverschärfung nicht ähnlich viele Flüchtlinge wie 2015 in die EU kämen? Und wie sollen die Bürger die Kluft zwischen den beiden Botschaften »Nie wieder Kontrollverlust wie 2015« und »offene Grenzen für Flüchtlinge«, also die Erlaubnis für Schutzsuchende, Fähren und Flugzeuge Richtung EU zu besteigen, denn realpolitisch überbrücken?

Intellektuelle Selbstverteidigung

Die vagen Formulierungen, Auslassungen, Ambivalenzen und Verzerrungen auch in der linken Migrationskritik im Zuge der »Krise« sind Ausdruck eines schwankenden politischen Diskurses. Das hat zu einer emotionalisierten Lagerbildung geführt. Menschen, die einen humanen Umgang mit Flüchtlingen und Migranten einfordern, werden als neoliberale Kosmopoliten abgewertet, während Migrationskritiker in die rechte AfD-Ecke geschoben werden. Das ist gefährlich. Denn wie Jason Stanley aufzeigt, ist die Diffamierung des Kosmopolitismus ein Grundpfeiler faschistischer Rhetorik.⁵⁵ Andererseits haben Linke wie Wagenknecht nichts mit der AfD zu tun. So hat die Linken-Fraktionsvorsitzende alle Beschlüsse der Partei zu einer humanen Flüchtlingspolitik sowie das Votum der Linken im Bundestag gegen die Verschärfung von Abschreckung und Abschottung durch die Bundesregierung mitgetragen. Es geht vielmehr um die Rhetorik. Denn eine Reihe von Wagenknecht und anderen linken Medienkritikern gemachten Äußerungen während der »Krise« sind dem politischen Mainstream gefolgt, um die Entsorgung von Flüchtlingen im antidemokratischen Schnellverfahren zu legitimieren: »Bedrohte Republik«, »neuer Humanismus« und Alternativlosigkeit der Abschottung.

Es ist vor diesem Hintergrund Ziel des Buches, die ideologische Konstruktion der »Flüchtlingskrise« sichtbar zu machen, auch, um eine an der Sache orientierte Debatte zu ermöglichen. In Detailanalysen, Prüfungen von journalistischen Standards und empirisch fundierten Untersuchungen wird gezeigt, wie die deutsche Bevölkerung und Gesellschaft in den letzten Jahren systematisch auf verschärften Abschottungskurs gebracht wurde. Denn Politik und Medien inszenierten eine »bedrohte Republik« und produzierten bei den Bürgern damit eine Art politischen Tunnelblick: »Wir werden bedroht und müssen uns schützen. Wir haben keine andere Wahl, als die Ströme zu steuern und zu reduzieren.« Im Klartext: Schotten dicht.

In Kapitel 1 wird zuerst der Weg von der »humanen Flüchtlingsaufnahme« zur alternativlosen Abschottung nachgezeichnet. Dabei werden sowohl die Willkommens-PR der Bundesregierung als auch die Selbstkritik an zu flüchtlingsfreundlicher Berichterstattung als rhetorische Sprungbretter für die verschärfte Abschottungspolitik analysiert, während gezeigt wird, wie mit immer mehr politischem »Druck im Kessel« die Abwehrmaßnahmen wie das EU-Türkei-Abkommen von der politischen Öffentlichkeit als Notwehrakt »ohne bessere Option« gerechtfertigt wurden.

Danach geht es im zweiten Kapitel am Beispiel der Kölner Silvesternacht darum, wie die Bürger mit einer »Horrornacht«, die über Monate andere Themen von der nationalen Agenda verdrängte, in einen Bedrohungsmodus versetzt werden sollten. In einer exemplarischen Tiefenanalyse wird journalistisch en détail nachvollzogen, wie mit Techniken der spekulativen Skandalisierung, des stigmatisierenden Erzählens und einer enthemmten Berichterstattung (»racial journalism«) ein nationales »Sodom und Gomorrha« fabriziert wurde. Dabei verzerrten Medien und Politik massiv die Informationslage. So wurde mit Legenden einer vertuschenden Polizei, eines nordafrikanisch-arabischen »Sex-Mobs« und einer »neuen Dimension« sexueller Gewalt in der Silvesternacht tatsächlich ein Fake-Skandal erzeugt. Im parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Silvesternacht löste sich der »Skandal« schließlich in Nichts auf. Die Sachverständigen stellten fest, dass die erhöhte Anzeigenerstattung Resultat der Anzeigenmobilisierung durch die historische Empörungswelle gewesen sei. Die Silvesternacht spiegle ansonsten deutsche Normalität.

Die Medien verschwiegen die Befunde zur Kölner Silvesternacht, während sie bei den katholischen Missbrauchsfällen und der #MeToo-Bewegung, wie Vergleiche zeigen, de-skandalisierten, Täter zu Opfern und Opfer zu Tätern machten, mit Hilfe eines »Post-truth-Journalismus« die Kritik an sexuellen Übergriffen in ein »generelles Klima von Verdacht und Verschwörung« hineinzogen und das »Reaktio-

näre ein Revival« in der Presse erleben durfte. Diese extreme Ungleichbehandlung unterstreicht dabei nicht nur, dass ein doppelter Standard in die Linse der »weißen Presse« eingebaut ist, sondern dass die journalistische Diskriminierung in der »Krise« noch verschärft wurde. So konnten Flüchtlinge an den Sex-Gewalt-Pranger gestellt und eine Generaldebatte über sie angeheizt werden. Im Sinne von: »Wir müssen uns gegen die schützen.« Der Angriff auf die »Unschuld der Nation« in der Kölner Silvesternacht wurde auch international zur Wende in der »Willkommenskultur« erklärt.

Daran anschließend (Kapitel 3) wird das Stereotyp des »kriminellen Flüchtlings« durchleuchtet, mit dem die Medien Einzelstraftaten von Freiburg über Kandel bis Chemnitz hochpushten, Delikte ethnisierten, obwohl im Zuge der »Krise« gar nicht mehr Straftaten von »Zuwanderern« begangen wurden. Unterfüttert wurde das Stereotyp im politischen Diskurs mit einer verzerrten Darstellung von kriminologischen Daten. In einer genauen Datenanalyse wird die Schlagzeilen-These von der »importierten Gewalt« im Zuge von eingewanderten Flüchtlingsmachos, basierend auf der sogenannten Pfeiffer-Studie, widerlegt. Internationale Untersuchungen zur Kriminalität von Immigranten sowie ein genauer Blick auf die empirische Faktenlage zeigen vielmehr, dass es keine Korrelation zwischen Straftaten und Immigration gibt, die Kriminalität im Zuge der »Flüchtlingskrise« insgesamt sank, die kurzfristig erhöhte Gewaltbereitschaft bei Schutzsuchenden in der »Krise« auf die katastrophale Unterbringung in Sammellagern zurückgeht und anerkannte Flüchtlinge sogar weniger auffällig sind als die deutsche Mehrheitsbevölkerung.

Zudem wird durchleuchtet, wie die Anschläge in Berlin, Würzburg und Ansbach von der politischen Öffentlichkeit genutzt wurden, um Terrorhysterie im Land zu verbreiten. Dabei zeigt sich, dass die Medien der IS-Propaganda folgten und aus verzweifelten Amokläufern Terroristen machten, während sie die gesellschaftspolitischen Gründe für die Taten ausblendeten. Denn die Täter waren keineswegs als

Terroristen nach Europa gekommen. Zudem wird auf eine grundsätzliche Schieflage hingewiesen. Während Presse und Rundfunk den »Terror gegen uns« hysterisch dramatisieren, wird die »Geißel des Terrorismus« in Form des US-Drohnenkriegs in Entwicklungsländern (Nahe Osten, Afrika), ermöglicht durch eine Relaisstation in Deutschland, weiter als Randnotiz abgetan oder lediglich als »rechtlich strittig« eingestuft.

Während der Regler »bedrohte Republik« von den Medien hochgedreht wurde, sorgten sie gleichzeitig dafür, dass die Erosion des internationalen Flüchtlingsschutzes ausgeblendet, die Schutzsuche illegalisiert, das Flüchtlingsrecht verdreht und die »Kollateralschäden« des verschärften Non-entrée-Regimes der EU (unter anderem der enorme Anstieg von Fluchttoten im Mittelmeer) entsorgt wurden (Kapitel 4). In einem empirischen Vergleich der Berichterstattung über drei Schiffbrüche wird aufgezeigt, wie die humanitären Kosten der »harten Entscheidungen« förmlich aus der Medienöffentlichkeit in der »Krise« herausoperiert wurden.

Zur Gewissenberuhigung wurde zudem ein »neuer Humanismus« propagiert (Kapitel 5). Mit Geberkonferenzen, einem Marshallplan für Afrika, Vor-Ort-Lösungen, humanitärem Marketing durch Ministerbesuche von Flüchtlingslagern und der überwölbenden PR-Formel »Fluchtursachen bekämpfen« vermittelte die Bundesregierung den Eindruck, dass man angesichts des Elends nicht tatenlos zusehe, die Ärmel hochkremple und anpacke. Die Medien boten dem »neuen Humanismus« ein breites Forum, feierten das neu erwachte Verantwortungsbewusstsein, während sie vergaßen, Rhetorik mit Realität zu vergleichen. Die Analyse zeigt, dass der »historische Geldsegen« für einige Frontstaaten (wie die Nachbarländer Syriens, die die aus dem Land Flüchtenden versorgen müssen) zu großen Teilen ein Schwindel gewesen ist. Die »Flüchtlings-Diät« vor Ort wurde lediglich etwas erhöht, um Schutzsuchende davon abzuhalten, aus den »Höllensexperimenten« zu uns zu kommen, wobei die Gelder weiterhin weit unter dem tatsächlichen Bedarf lie-

gen. Die Zahlungen waren zudem eingebunden in eine spezifische Risikoanalyse: Je stärker Flüchtlinge den reichsten Kontinent der Welt mit ihrem Kommen »bedrohen«, umso mehr erhielten Lager- und Türsteherstaaten wie die Türkei, der Libanon oder Äthiopien kurzfristig Unterstützung.

Auch das von Medien und Politik propagierte Programm von »Fluchtursachen bekämpfen« war inhaltsloses humanitäres Marketing, um der Bevölkerung zu suggerieren, man gehe an die Wurzel des Problems. Doch man tat das Gegenteil. Mit »militärischen Lösungen«, Waffenexporten und Stützung von autoritären Regimen produziert auch Deutschland weiter Fluchtursachen. Mit freundlicher Unterstützung von *Süddeutscher Zeitung*, *FAZ* und Co., die die aggressive internationale Politik von Berlin bis Washington legitimieren und den humanitären Folgen der »Interventionen« in der »Krise« keine Bedeutung zumessen.

In Kapitel 6 wird dann entfaltet, wie die Umpolung des Schutzes durch die »bedrohte Republik« – also die Ersetzung der Schutzbedürftigkeit von Flüchtlingen durch die Schutzbedürftigkeit der Deutschen – intellektuell unterfüttert wurde. Um die Abschottungsmaßnahmen als alternativlos erscheinen zu lassen, wurde die Abwehrpolitik in eine Art »ultima ratio«-Erzählung eingebettet. Abschotten erschien als letztes Mittel, um sich gegen die Bedrohung zu verteidigen. Diese Erzählung stellt die TINA-Doktrin (»There Is No Alternative«) der deutsch-europäischen Abschottungspolitik dar. Die Doktrin stützt sich dabei auf drei Pfeiler: Es droht ein Exodus inklusive unkontrollierter Sogwirkung, wenn sich die EU nicht abschirmt. Die Kapazitäten insbesondere Deutschlands sind im Zuge der »Flüchtlingskrise« 2015 ausgeschöpft worden. Die gesellschaftliche Akzeptanz dafür, weiter »unkontrolliert« Flüchtlinge und Migranten ins Land zu lassen, ist nicht vorhanden.

Die Prüfung zeigt jedoch, dass die Doktrin auf einer extremen Verzerrung des Informationsstands beruht. So wurden die Migrations- und Fluchtbewegungen in die EU massiv durch die Presse übersteigert, die Aufnahmekapa-

zitäten künstlich verknüpft und die öffentliche Meinung in Hinsicht auf Flüchtlinge und Abschottungspolitik ins Gegenteil verkehrt. Die »Stimmung« im Land kippte in der »Krise« zwar, aber nicht gegen Flüchtlinge, sondern gegen die brutalisierte Abschottungspolitik der EU unter deutscher Geschäftsführung.

Im siebten Kapitel wird schließlich gezeigt, dass die Alternativlosigkeit tatsächlich eine antidemokratische Erfindung ist. Denn es existiert seit langem eine breite Kritik an der und Opposition gegen die Abwehrpolitik Deutschlands, der EU und der Industriestaaten insgesamt. Gefordert wird von der Fachwelt immer eindringlicher eine grundsätzliche Neuausrichtung der Politik auf faire Verantwortungs- und Lastenteilung. Doch die Alternativen wurden rigoros von der politischen Öffentlichkeit ausgeblendet, selbst wenn sie von zentralen demokratischen Institutionen wie dem Bundestag und dem Europaparlament vorgebracht wurden.

Jede Diskussion jenseits von Abwehr wurde dabei von den Medien im Keim erstickt, flankiert von Konstruktionen wie der von der moralischen Supermacht Deutschlands und der »isolierten Macht im Zentrum« auf der Suche nach der verlorenen Fairness in der EU. Mit solchen Legendenbildungen wurde die deutsche Blockade einer fairen Verantwortungs- und Lastenteilung ins Gegenteil verkehrt und Deutschland zum Opfer stilisiert. Zudem zeigen Umfragen, dass die Europäer in großen Mehrheiten für Fairness eintreten und bereit sind, mehr Flüchtlinge in ihren Ländern zu versorgen. Doch weder darüber noch über die von Experten geforderte Reform erfuhren die Deutschen durch die Medien. So konnte die moralische und Demokratie-Krise in Europa übergangen werden, während der reichste Kontinent der Welt weiter Flüchtlingskrisen im Globalen Süden produzieren darf, gegen die er sich zugleich immer brutaler abschottet.

Das Buch möchte die Realität der »Krise« so klar wie möglich analysieren, journalistische Grundstandards hochhalten und zur intellektuellen Selbstverteidigung anleiten. Denn mediale Erfindungen wie die der »bedrohten Republik«

sind Gift für die Demokratie und befördern mit einer Reihe von sich selbst verstärkenden Effekten niedere politische Instinkte. So zeigen Forscher, dass steigende Bedrohungsgefühle gegen »kulturell Andersartige« auch verstärkend wirken auf die Abwertung von sozialen Randgruppen wie Langzeitarbeitslose, Obdachlose oder Behinderte.⁵⁶

Die Untersuchung ist dabei getragen von dem Wissen um die Macht der Massenmedien. Sie seien mächtiger als Bomben, sagt Amy Goodman vom alternativen US-Sender *Democracy Now*. Oder, um es mit dem renommierten Medienkritiker Robert McChesney zu formulieren, der in seinem Standardwerk »Rich Media, Poor Democracy« bereits 1999 mahnte:

»I argue (...) that the media have become a significant anti-democratic force in the United States and, to varying degrees, worldwide. The wealthier and more powerful the corporate media giants have become, the poorer the prospects for participatory democracy. (...) If anything, humans now possess greater ability to alter their destiny than ever before. Those who benefit by the status quo know this well. They want to ensure that they are the ones holding the rein; they want everyone else to accept their privileges as »natural« and immutable. In my view, the duty of the democrat, and especially of the democratic intellectual, is to rip the veil off this power, and to work so that social decision-making and power may be made as enlightened and as egalitarian as possible.«⁵⁷

Anmerkungen

- 1** David Römer, »Wirtschaftskrisen: Eine linguistische Diskursgeschichte«, 2017, S. 426 ff.
- 2** Zitiert nach: »Jede Regierung lügt – Wahrheit, Manipulation und investigativer Journalismus«, ARTE Dokumentation, 12. Oktober 2010, ab Min. 2'18; <https://www.youtube.com/watch?v=EjARcMqFRBg>
- 3** Rede des Bundesverteidigungsministers Peter Struck im Deutschen Bundestag, 11. März 2004, Sitzungsprotokoll, S. 8601; <http://dip21.bundestag.de/doc/btp/15/15097.pdf>
- 4** Siehe u. a. William R. Polk, »Violent Politics. A history of Insurgency, Terrorism & Guerrilla War From the American Revolution to Iraq«, 2007
- 5** Siehe David Goeßmann, »Mit zweierlei Maß. Über Manipulationstechniken bei der Konfliktberichterstattung«, Hintergrund, 4/2014, S. 10–14
- 6** »Angela Merkel beim CDU-Parteitag. »Eine Situation wie im Sommer 2015 darf sich nicht wiederholen«, Spiegel Online, 6. Dezember 2017: »Kanzlerin Angela Merkel hat versichert, dass die Lage von 2015 mit einem Ansturm von Flüchtlingen an Deutschlands Grenzen nicht noch einmal vorkommen soll. »Eine Situation wie die des Sommers 2015 kann, soll und darf sich nicht wiederholen«, sagte Merkel bei ihrer Rede vor dem CDU-Parteitag in Essen. »Das war und ist unser und mein erklärtes politisches Ziel.«; <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/angela-merkel-bei-cdu-parteitag-fluechtlingskrise-darf-sich-nicht-wiederholen-a-1124599.html>. Die politische Formulierung Merkels wurde zum Inbegriff des allgemeinen Konsenses in der »Krise«. Sie wurde vielfach wiederholt und in der politischen Öffentlichkeit nicht infrage gestellt.
- 7** Bulletin of the Atomic Scientists, »It is two and a half minutes to midnight. 2017 Doomsday Clock Statement«, Science and Security Board, S. 2 u. 4; <https://thebulletin.org/sites/default/files/Final%202017%20Clock%20Statement.pdf>
- 8** »Migration und Populismus«, MIDEAM (Mercator Forum Migration und Demokratie) Jahresbericht 2018, S. 50 u. 57; https://forum-midem.de/cms/data/fm/download/TUD_MIDEAM_Jahresbericht2018_WEB_RZ_2.pdf
- 9** Die Treffer entstammen Suchanfragen in der Genios-Presse Datenbank für »Klimaschutz* OR Klimawandel*« (*für Worterweiterungen wie »Klimaschutzziele« usw.) und Flüchtling* OR Asyl*« für den Zeitraum 1. 7. 2015–1. 7. 2018. Das Trefferverhältnis zwischen diesen Suchwortkombinationen ist ein Indikator für das Missverhältnis in der Presseberichterstattung. Mit detaillierteren Suchanfragen und Artikelauswertungen könnte der Vergleich noch verfeinert werden. Aber ein anderes Resultat ist kaum zu erwarten, auch wenn die vorliegende Abfrage bestimmte Suchbegriffe wie Erderwärmung und Treibhausgase beziehungsweise Migration, Grenzschutz und Integration nicht erfasst. Doch die abgefragten Wortkombinationen liefern mit Abstand die meisten Treffer für den jeweiligen Themenkomplex und sind zugleich eng verbunden mit dem politischen Themenfeld.
- 10** Marco Bülow, »Talkshows: Einseitig und verzerrend«, 22. März 2017; <https://www.marco-buelow.de/talkshows-einseitig-und-verzerrend/>. Darin werden 204 Sendungen von den fünf relevantesten politischen Talkshows von ARD und ZDF: Maischberger, Anne Will, Hart aber fair, Jauch, Maybrit Illner von Oktober

2015 bis Anfang März 2017 untersucht. Das Ergebnis: »So wichtig einige Themen sicher waren und sind, niemand kann rechtfertigen, dass in 1,5 Jahren jede vierte Sendung speziell das Thema Flüchtlinge behandelt und sich fast jede zweite Sendung generell mit dem Themenkomplex Flüchtlinge, Islam, Terror/IS, Populismus/Extremismus befasst hat. In nur sechs von 204 Sendungen wurde über Armut und Ungleichheit diskutiert. Wichtigen Themen wie NSU, Rassismus und rechte Gewalt wurde zum Beispiel jeweils nur eine Sendung gewidmet. Klimawandel kam sogar gar nicht vor. Das ist nicht nur bedenklich, sondern prägt die öffentliche Debatte sehr einseitig. Die Themenauswahl spiegelt absolut nicht die tatsächlichen Probleme in unserer Gesellschaft wider und stellt damit ein Zerrbild der Wirklichkeit dar.« Wie gesagt, in der Zeit fanden entscheidende Klimagipfel in Paris und Marrakesch statt. Auch die atomare Bedrohung wurde nicht thematisiert.

11 So finden sich zum Beispiel lediglich 117 Hinweise auf die Doomsday Clock in der Genios-Pressedatenbank für den Zeitraum vom 1. Juli 2015 bis zum 1. Juli 2018.

12 Siehe: Noam Chomsky, »Who Rules The World?«, S. 230 ff.

13 Siehe Kevin Anderson, »Open Letter to the EU Commission president about the unscientific framing of its 2030 decarbonisation target«, kevinanderson.info, 16. Dezember 2013; <http://kevinanderson.info/blog/open-letter-to-the-eu-commission-president-about-the-unscientific-framing-of-its-2030-decarbonisation-target/>; »Sie verbrennen den Planeten: Eine Bilanz des Klimagipfels in Paris«, Kontext TV, 21. Januar 2015; <http://www.kontext-tv.de/de/sendungen/sie-verbrennen-den-planeten-eine-bilanz-des-klimagipfels-paris>; für die wissenschaftliche Diskussion des verbleibenden Treibhausgasbudgets und der Aufteilung unter den Industriestaaten und Entwicklungsländern (Annex 1 bzw. non-Annex 1) siehe: Kevin Anderson, Alice Bows-Larkin, »Beyond dangerous climate change:

emission pathways for a new world«, *Philosophical Transactions Of The Royal Society A: Mathematical, Physical And Engineering Sciences* 369, 2011, S. 20–44

14 Politische Öffentlichkeit wird im Folgenden verwendet im Sinne von massenmedialer Mainstream-Öffentlichkeit.

15 Vgl. David Goefsmann, »Wir Schlafwandler: G-20 Fieberträume, Klimaretter-Halluzinationen und der allzu reale Crashkurs«, Kontext TV, 5. Juli 2017; <http://www.kontext-tv.de/de/blog/wir-schlafwandler-g-20-fiebertraeume-klimaretter-halluzinationen-und-der-allzu-reale-crashkurs>; »Luxusstrom«, Spiegel 36/2013; <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-110117909.html>; Josef Joffe, »Der Wahnsinn, der aus der Steckdose fließt: Abermals wächst die Ökostromumlage – wider wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit. Die Förderung der erneuerbaren Energien ist eine Torheit«, *Die Zeit*, 17. Oktober 2013; <https://www.zeit.de/wirtschaft/2013-10/erneuerbare-umlage-kritik>

16 Spencer Ackerman, Ed Pilkington, »Obama's war on whistleblowers leaves administration insiders unscathed«, *The Guardian*, 16. März 2015; <https://www.theguardian.com/us-news/2015/mar/16/whistleblowers-double-standard-obama-david-petraeus-chelsea-manning>

17 Meredith Bennett-Smith, »Womp! This Country Was Named The Greatest Threat to World Peace«, *Huffington Post*, 2. Januar 2014; https://www.huffingtonpost.com/2014/01/02/greatest-threat-world-peace-country_n_4531824.html?guccounter=1

18 Vgl. Kapitel 6

19 Vgl. Kapitel 6. Zur Bedrohung der Heimat siehe: Thomas Petersen, »Heimat und Heimatministerium«, Institut für Demoskopie Allensbach, 25. April 2018; https://www.ifd-allensbach.de/uploads/tx_reportsdocs/FAZ_April2018_Heimat.pdf

20 Siehe Eurobarometer Herbst 2015, Standard-Eurobarometer 84, Umfrage der EU-Kommission, S. 13 ff. Bei den Eurobarometern in den folgenden Jahren zeigt sich, dass die Sorge der Eu-

ropäer um Einwanderung wieder stark zurückging.

21 Siehe Klaus J. Bade, »Menschenrechte in Gefahr«, in: Migration, Flucht, Integration, 2017, S. 574: »Bei der Flüchtlingsabwehr gibt es eine Art legitimatorischen Schaukeleffekt: Je unsicherer die Bevölkerung wird bzw. je unsicherer sie gemacht wird, desto leichter lassen sich inhumane Abwehrkonzepte legitimieren.«

22 Siehe »Text of the European Union migration deal«, CNN, 29. Juni 2018; <https://edition.cnn.com/2018/06/29/europe/eu-migration-deal-text-intl/index.html>

23 Vgl. Amadeus Ulrich, »Die Politik des Unbehagens: Sicherheit und Asyl in der BRD. Diskursanalyse deutscher Parlamentsdebatten 1993 und 2014–2015. Wie versicherheitlichen Abgeordnete darin Asyl?«, Arbeitspapier Universität Hamburg, Institut für Politikwissenschaften, 1/2016; <https://www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereich-sowi/professuren/jakobeit/forschung/akuf/archiv/arbeitspapiere/ap-uilrich-asyl-2016-1.pdf>. Darin betont der Autor, dass sich die Rhetorik der Parlamentsdebatten verschoben habe von einer »Politik des Ausnahmezustands« zu einer »Politik des Unbehagens«. Er führt das zurück auf den Umstand, dass heute das Grundgesetz nicht mehr geändert werden müsse und die Versicherheitlichung von »bedrohlichen« Zuwanderern technokratisch und auf EU-Ebene gelöst werde. Das stimmt sicherlich. Doch der Wandel in der Rhetorik ist auch ein Zeichen dafür, dass sich die öffentliche Meinung verändert hat und eine offene Hetze bei den Bürgern Zustimmung zur brutalisierten Abschottung bewirkt. Daher müssen heute verstärkt humanitäre Fassaden aufgebaut werden.

24 Thomas de Maizière: »Auch wenn wir jetzt einige Wochen ein paar harte Bilder aushalten müssen, unser Ansatz ist richtig.« Zitiert nach: Carolin Henkenberens, »Ein paar harte Bilder«, Weser-Kurier, 21. Juni 2016; https://www.weser-kurier.de/deutschland-welt/deutschland-welt-politik_artikel,-Ein-paar-harte-Bilder-arid,1402362.html

25 UNHCR, Operational Portal Refugee Situations, Mediterranean Situation; <https://data2.unhcr.org/en/situations/mediterranean>

26 Klaus J. Bade, »Von Unworten zu Untaten. Kulturängste, Populismus und politische Feindbilder in der deutschen Migrations- und Asyldebatte zwischen ›Gastarbeiterfrage‹ und ›Flüchtlingskrise‹«, IMIS-Beiträge, Heft 48/2016, S. 92 f.

27 »KZ-ähnliche Zustände« ist eine Einschätzung von Mitgliedern der deutschen Botschaft, siehe Kapitel 7. »Höllensperimente« ist eine Formulierung in einer Arte-Reportage über die Zustände von Flüchtlingslagern, siehe Kapitel 5

28 Ulrich Schulte im Interview mit der Grünen-Abgeordneten Luise Amtsberg, die das Rettungsschiff »Lifeline« besuchte, »Die Situation ist der Horror. Das Rettungsschiff ›Lifeline‹ mit 230 Flüchtlinge kreuzt im Mittelmeer, weil Italien und Malta die Aufnahme verweigern«, taz, 25. Juni 2018; <http://www.taz.de/!5515536/>

29 Heribert Prantl, »Wie die EU Flüchtlinge tötet«, SZ, 18. April 2015; <https://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlingspolitik-du-sollst-nicht-toeten-1.2439653>

30 Vgl. die Analyse zur Kölner Silvesternacht im Buch. Zur Verschärfung des bayerischen Polizeigesetzes: Marlene Gürgen, »Deutschland rüstet auf«, 19. Mai 2018; <http://www.taz.de/!5503486/>. Zur Entwicklung hin zum Autoritarismus auch Wilhelm Heitmeyer, »Autoritäre Versuchungen«, 2018. »Autoritäre Versuchungen sind vor diesem Hintergrund vor allem als Reaktionen auf individuellen oder gesellschaftlichen Kontrollverlust zu interpretieren. Sie erzeugen eine Nachfrage nach politischen Angeboten, die darauf abzielen, die Kontrolle wiederherzustellen – und zwar durch Ausübung von Macht und Herrschaft sowie über Ausgrenzung und Diskriminierung.« Der Motor der Entwicklung sei ein »autoritärer Kapitalismus« der vergangenen dreißig Jahre, die Heitmeyer »entsicherte Jahrzehnte« nennt. Anstelle der fehlenden Aner-

kennung trete die »nationale Identität«, das »Deutsch-Sein«, ein »Anker, der in stürmischen Zeiten Stabilität verleihen soll« (Peter Carstens, Interview mit Wilhelm Heitmeyer zu »Autoritäre Versuche«, Deutschlandfunk, 22. Oktober 2018; https://www.deutschlandfunk.de/wilhelm-heimmeyer-autoritaere-versuehungen.1310.de.html?dram:article_id=43099).

31 Vgl. andere Publikationen des Autors, »Ideologie und Verantwortung. Die Berichterstattung der Süddeutschen Zeitung im griechischen Schuldendrama«, in: »ARD & Co. Wie Medien manipulieren«, hrsg. von Ronald Thoden, 2015, S. 215–241 und »Süddeutsche, Spiegel und Co. Die Leitmedien als Sprachrohr der politisch und wirtschaftlich Mächtigen«, Vortrag im EineWeltHaus München, 28. Juni 2016, Youtube-Kanal attac München; <https://www.youtube.com/watch?v=MsJlNeJzkP4>

32 Vgl. Goeßmann, Ideologie, a. a. O.

33 Für die USA hat der Politikwissenschaftler Martin Gilens mit einem Team von der Princeton University in einer groß angelegten Forschungsauswertung von rund 1800 gesetzlichen Änderungen eines Zeitraums von über 20 Jahren und der jeweiligen öffentlichen Meinung zu den Vorhaben herausgearbeitet, dass die unteren 70 Prozent der Bevölkerung keinerlei Einfluss auf die Politik gehabt haben, während der Einfluss zunimmt, je höher man die Einkommensleiter aufsteige. Siehe: Martin Gilens, »Affluence & Influence. Economic Inequality and Political Power in America«, 2012. Eine Untersuchung für den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung hat 2016 ähnliche Ergebnisse für Deutschland ergeben: Lea Elsässer, Svenja Hense, Armin Schäfer, »Systematisch verzerrte Entscheidungen? Die Responsivität der deutschen Politik von 1998 bis 2015«, Endbericht 2. Juni 2016; http://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Service/Studien/endbericht-systematisch-verzerrte-entscheidungen.pdf;jsessionid=0CF46599E71340E80E3150128D68C791?__blob=publicationFile&v=2.

Die relevanten Passagen der Untersuchung wurden jedoch aus dem Armuts- und Reichtumsbericht 2017 gestrichen, was letztlich einer Zensur gleichkommt. Das zentrale Ergebnis der Studie ist, dass die oberen zehn Prozent auf der Einkommensskala massiven Einfluss auf die politischen Entscheidungen zwischen 1998 bis 2013 gehabt haben, wohingegen das Votum des unteren Zehntels praktisch keine Rolle spielte. Ihr Votum ist sogar, wenn ein Meinungsstreit mit dem obersten Zehntel besteht, negativ mit Gesetzesvorhaben korreliert: »Das für die USA nachgewiesene Muster von systematisch verzerrten Entscheidungen trifft auch auf Deutschland zu.«

34 Siehe: Sascha Adamek, Kim Otto, »Der gekaufte Staat. Wie Konzernvertreter in deutschen Ministerien sich ihre Gesetze selbst schreiben«, 2008, S. 223. Darin finden sich Ausführungen zum Ermächtigungsgesetz im Zuge der Bankenkrise.

35 Ausführlicher dazu: David Goeßmann, »Wenn Regierungen lügen und Medien mitmachen«, in: Lügen die Medien?, hrsg. von Jens Wernicke, 2017, S. 29–46

36 »Von der Leyen bekennt sich zu Aufstockung im Verteidigungshaushalt«, Zeit-Online, 21. Juni 2018; <https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-06/verteidigung-mattis-leyen-aufstockung-verteidigungshaushalt>; »Verteidigungsausgaben sollen stark steigen«, Deutscher Bundestag, 7. September 2016; <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2016/kw36-de-verteidigung/438550>; »Entwicklung und Struktur des Verteidigungshaushalts«, Bundesverteidigungsministerium; <https://www.bmvg.de/de/themen/verteidigungshaushalt/entwicklung-und-struktur-des-verteidigungshaushalts>

37 Jake Johnson, »Morally Bankrupt Budget: After \$1.5 Trillion Gift to Rich, Trump Demands \$1.7 Trillion in Safety Net Cuts«, 12. Februar 2018; <https://www.commondreams.org/news/2018/02/12/morally-bankrupt-budget-after-15-trillion-gift-rich-trump-demands-17-trillion-safety>

38 Siehe auch: Rainer Mausfeld, »Warum schweigen die Lämmer? Wie Elitendemokratie und Neoliberalismus unsere Gesellschaft und unsere Lebensgrundlagen zerstören«, 2018

39 Andrea Everwien, Cosima Gill et al., »Deutschland uneinig Vaterland. Wie sich Politik und Menschen immer weiter entfernen«, ARD-Kontraste, 11. Oktober 2018 um 21 Uhr 45; <https://www.rbb-online.de/kontraste/archiv/kontraste-vom-11-10-2018/wie-sich-politik-und-menschen-immer-weiter-voneinander-entfernen.html>

40 Jason Stanley, »How Fascism Works«, 2018

41 Vgl. Kapitel 6

42 Siehe den Streit innerhalb der Linken um ein Migrationskonzept, u. a. das »Thesenpapier zu einer human und sozial regulierenden linken Einwanderungspolitik«, April 2018, verfasst von einer Reihe von Linken-Politikern, darunter Fabio de Masi; <https://www.fabio-de-masi.de/de/article/1923.thesenpapier-linke-einwanderungspolitik.html>. In dem Thesenpapier geht es fast ausschließlich um Migration und Regulierung derselben, während in Hinsicht auf die Erosion des internationalen Flüchtlingsschutzes praktisch nichts zu finden ist. Das Papier entwirft auch keine Schritte zu einem Abbau des Non-entrée-Regimes, sondern eine humanere Ausgestaltung des Status quo durch mehr Seenotrettung, besser finanzierte Lagerhaltung von Flüchtlingen außerhalb der EU und kontingentierte Aufnahmen. Die Vorschläge werden auch nicht konkret ausgestaltet und bleiben vage. Ob das Papier zum Beispiel »Fähren für Flüchtlinge« unterstützt, bleibt unklar. Eine historische Perspektive liefert der linke Publizist und Verleger Hannes Hofbauer, »Kritik der Migration«, 2018. Er spricht von einem »Migrationshype« nach Merkels »Grenzöffnung« und sieht in Migration (von Süd nach Nord) grundsätzlich nichts Positives, da es Symptom der Ungleichheit sei. Historisch sei Migration mit Chaos und sogar Genozid (siehe die Auswanderung nach Amerika) verbunden. Dabei werden Flücht-

lingsschutz und Asyl fast gänzlich unter Migration einsortiert. Es wird von der »großen Wanderung der Muslime« gesprochen. Solidarität, so die Schlussfolgerung der Migrationskritik Hofbauers, sei zwischen extrem ungleichen Ländern leider nicht möglich. Zitiert nach: »Kritik der Migration – österreichischer Historiker Hannes Hofbauer im Gespräch«, RT Deutsch, 14. Oktober 2018; <https://deutsch.rt.com/programme/der-fehlende-part/77539-kritik-migration-oesterreichischer-historiker-hannes-hofbauer-im-gespraech/>. Eine moderierende Position versucht Hans-Jürgen Urban zu entwerfen: »Epochenthema Migration: Die Mosaiklinke in der Zerreißprobe?«, Blätter für deutsche und internationale Politik, 9/2018, S. 101–113

43 Vgl. Kapitel 6

44 Vgl. Klaus J. Bade, »Europa und die Migration am Ende des 20. Jahrhunderts.« Akademievorlesung, Hamburg 4. Juli 2000, in: »Migration, Flucht, Integration«, 2017, S. 361: »Der mit Abstand größte Teil der schätzungsweise 120 Millionen Menschen umfassenden weltweiten Wanderungsbewegungen aber verlief am Ende des 20. Jahrhunderts nach wie vor innerhalb der ›Dritten Welt‹, zu rund einem Drittel allein in Afrika, und tangierte das verängstigte Europa nur zu ca. 5 %. Es gibt mithin einen klaffenden Unterschied zwischen globalen Dramen im Fluchtgeschehen und europäischer Dramaturgie bei der Inszenierung von ›Betroffenheiten‹ durch weltweit wachsenden ›Migrationsdruck‹, über dessen Einschätzung sich die Geister scheiden. Die Geschichte der Süd-Nord-Wanderung nach Europa ist, so betrachtet, im Grunde weniger eine Geschichte von Wanderungsbewegungen als eine Geschichte der Angst davor und der Abwehr dagegen.«

45 Siehe z. B.: »Ich will den Leichnam meines Sohnes zurück: Von der Zerstörung der senegalesischen Fischerei und dem Tod auf der Flucht nach Spanien«, in: Der stille Krieg gegen die Flüchtlinge, Kontext TV, 11. Juli 2013; <http://www.kontext-tv.de/de/sendungen/ich-will->

den-leichnam-meines-sohnes-zurück-von-der-zerstörung-der-senegalesischen

46 Sie Klaus J. Bade, Von Untaten zu Untworten, a. a. O., S. 91: »All dies geschah (»Flüchtlingsbekämpfung« durch Abschreckung und Abwehr, d. Verf.) in der realitätsfernen, wissenschaftlich immer wieder vergeblich widerlegten Vorstellung, die Fluchtbewegungen würden vorwiegend durch die Anziehungskraft europäischer Zielgebiete bewirkt und weniger durch die Schubkraft der Not in den Ausgangsräumen. Die vermeintlich abschreckenden Lebensbedingungen für Asylbewerber bewirkten wenig und trafen überdies vor Ort meist die Falschen, nämlich »echte« Flüchtlinge, während »Schleuser«, »Schlepper« und Menschenhändler durch solche Manöver nicht zu beeindrucken waren.« Zur Einbettung von Flüchtlingen in die neoliberale Ökonomie schreibt Bade: »In Frankreich wurde schätzungsweise ein Drittel der Autobahnen von »Illegalen« gebaut. Auch die französische Autoproduktion wird nach wie vor zu rund einem Drittel von irregulär Beschäftigten bestritten. In Italien erwirtschaften Illegale schätzungsweise 20–30% des Bruttosozialprodukts« (Klaus J. Bade, Migration, a. a. O., S. 364). In Großbritannien käme die Bauindustrie in Schwierigkeiten. Auch die Modebranche, die Landwirtschaft, Pflegedienste oder private Haushalte überlassen in Deutschland Arbeiten gerne irregulären Billigarbeitern. Es wäre Aufgabe der Politik, wie in allen anderen Fällen, neoliberalen Lohndumping entgegenzutreten und durch Legalisierung von Migration, Gestaltung des Arbeitsmarkts und Kontrollen, angemessene Mindestlöhne und Sozialversicherungspflicht durchzusetzen. Ausbeutung ist kein ökonomisches Naturgesetz und auch kein natürliches Resultat von Migration. Ähnlich fehlgeleitet wäre es, die ökonomische Nord-Süd-Kooperation abstrakt zu kritisieren, weil sie unter dem realexistierenden Globalisierungsregime Ausbeutung und ökologische Zerstörung beinhaltet.

47 »Mehrheit der Deutschen für Flüchtlingsfähren im Mittelmeer«, Migazin,

30 April 2015; <http://www.migazin.de/2015/04/30/mehrheit-der-deutschen-fuer-fluechtlingsfaehren-im-mittelmeer/>

48 Eine genauere Analyse findet sich bei David Goeßmann, »Der Streit ums »Gastrecht« – Versuch einer Klärung«, Nachdenkseiten, 14. Januar 2016; <https://www.nachdenkseiten.de/?p=30204>

49 »Offene Grenzen für alle – das ist weltfremd«, Interview mit Sahra Wagenknecht, Focus, 10. Februar 2018; <https://www.sahra-wagenknecht.de/de/article/2713.offene-grenzen-f%C3%BCr-alle-das-ist-weltfremd.html>

50 Vgl. Kapitel 1

51 Wagenknecht, Offene Grenzen, a. a. O.

52 Vgl. Kapitel 5. Zu den Resettlements: UNHCR, »Global Trends. Forced Displacement in 2017«, S. 22; <http://www.unhcr.org/5b27be547.pdf>. Zu den Resettlementquoten Deutschlands: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), »Drei Antworten zu Resettlement und humanitäre Aufnahme. Interview mit Janne Grote, Hauptautor der EMN-Studie »Resettlement und humanitäre Aufnahmeverfahren in Deutschland«, 5. Oktober 2016; <https://www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2016/EMN/20161005-am-emn-studie-resettlement.html>

53 Vgl. Kapitel 5

54 »Kein Grund, meine Position zu verändern«, Linken-Fraktionschefin sieht sich durch Parteitagbeschluss nicht gebunden«, Rhein-Neckar-Zeitung, 11. Juni 2018; https://www.rnz.de/politik/hintergrund_artikel,-sahra-wagenknecht-im-rnz-interview-kein-grund-meine-position-zu-veraendern-_arid,364713.html

55 Jason Stanley, Fascism, a. a. O.

56 Wilhelm Heitmeyer, »Deutsche Zustände. Das entscheidende Jahrzehnt«, Presseinformation zur Präsentation der Langzeituntersuchung Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit«, 12. Dezember 2011; https://www.uni-bielefeld.de/ikg/Handout_Fassung_Montag_1212.pdf

57 Robert W. McChesney, »Rich Media, Poor Democracy. Communication Politics in Dubious Times«, 1999, zitiert nach der Neuauflage von 2015, S. 2 f.